

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278.

Dienstag, den 28. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Gegen das Zentrum.

In Bayern ist durch die Landtagsauflösung der Kampf gegen das Zentrum auf der ganzen Linie entbrannt. Die bayerische Zentrumspartei so niederzuwerfen, daß sie ihre Majorität im Landtag verliert — es müßten ihm dazu 17 Mandate abgenommen werden —, ist schwer. Ganz abgesehen davon, daß ihr Wahlsystem wie Wahlkreiseinteilung sehr günstig sind, kann man sich auf die Disziplin ihrer bürgerlichen Gegner nicht sicher verlassen. Die Liberalen sind zugleich die Partei der sogenannten Gebildeten, das heißt sie zählen sehr viele Beamte, Reserve- und Landwehroffiziere und Offiziere a. D. in ihren Reihen. Wieviel davon werden es, wenn es darauf ankommt, wagen, einen sozialdemokratischen Wahlzettel abzugeben. Allerdings ist die Wahl geheim; aber die Angst vor dem roten Bauman sieht den Gebildeten tief in den Knochen. Auch Unternehmer, die der Sozialdemokratie aus geschäftlichen Gründen ärgerlich gegenüberstehen, gehören zahlreich zu den Liberalen. Es ist wohl möglich, daß die Führer der liberalen Partei ein auf die Zertrümmerung der Zentrumshegemonie abzielendes Abkommen mit der Sozialdemokratie eingehen wünschen und ihre Anhänger auffordern wollen, dementsprechend zu wählen; aber es ist auch sehr leicht möglich, daß ihnen viele Parteigänger nicht gehorchen werden. Würden die bürgerlichen Gegner des Zentrums über eine solche Parteidisziplin wie die Sozialdemokratie verfügen, dann wäre eine schwere Niederlage des Zentrums zum mindesten wahrscheinlich. Bei den tatsächlichen Verhältnissen wäre sie aber nur als ein großes Glück anzusprechen.

Das Zentrum hat gegen die Sozialdemokratie zwei Eisen im Feuer, die es je nach Bedarf gebraucht. Dem Mittelstand gegenüber, in dem es eine große Anzahl Schäflein hat, weist es mehr auf die wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie hin und behauptet frisch drauflos, sie sei die Totengräberin dieses Standes. Den Bauern und Arbeitern aber kommt es damit, daß es der Sozialdemokratie Religionsfeindlichkeit hinaufblüht. Ihre Forderung, daß Kirche und Staat getrennt werden, sowie eifrige kritische Schriften von Sozialdemokraten über Christus und Christentum müssen dabei herhalten. Besonders über derartige Broschüren fallen die Zentrumsagitatoren mit Vergnügen her und benutzen sie dazu, die Sozialdemokratie als den leibhaftigen Teufel, als glaubens- und religionsfeindlich abzukontersieren. Es sei hier auch darauf hingewiesen, daß die klerikale „Köln. Volkszeitung“ jetzt wieder auffordert, den Kampf gegen die Sozialdemokratie mehr als einen Kampf für die Religion zu führen. Diese Waffe wäre dem Zentrum umschwer aus der Hand zu winden, wenn man die Sache richtig ansieht.

Man könnte auch umgekehrt es so weit bringen, daß die Partei für Freiheit, Wahrheit und Recht vor Angst schwänzen würde, wenn von anderer Seite das Thema Religion angegriffen wird. Dabei brauchte man durchaus nicht zu heucheln, sondern sich nur auf folgenden Standpunkt zu stellen: Die Zentrumsgrößen, die Zentrumsagitatoren usw. behaupten, daß sie eifrige Anhänger Christi sind. Nun brauchte man nur an der Hand der Evangelien zu prüfen, ob dieses Vorgehen den Tatsachen entspricht, ob die Zentrumskommandanten die Lehren Christi befolgen oder ob sie nicht das gerade Gegenteil tun. Tatsächlich ist das letztere der Fall, da das Zentrum im Gegensatz zu den Evangelien die Armen belastet, die Reichen begünstigt und verschont (siehe Erbschaftsteuer), Militärvorlagen auf Militärvorlagen ohne Widerstreben bewilligt und so ziemlich überall das Gegenteil von christlicher Nächstenliebe zeigt. Bei den meisten politischen Handlungen des Zentrums kann man ohne große Mühe nachweisen, daß die Christlichen sich um die christliche Lehre nicht nur nicht kümmern, sondern sogar mit Vorliebe das Gegenteil dessen tun, was sie tun müßten.

Wie fatal den Schwarzen das Operieren mit den Evangelien ist, habe ich selbst schon erprobt. In einem schwarz wählenden Landstädtchen existiert ein Zentrumsblatt, das wie alle seinesgleichen lange Zeit über die Sozialdemokratie aus allen Kräften schimpfte und die Sozialdemokraten als Rowdys, verkommene Menschen hinstellte. Da kam ich in dem andern Lokalblatt des Städtchens plötzlich mit den Lehren der Evangelien über die christliche Nächstenliebe angegriffen und zitierte dabei unter anderem auch die bekannte Bitte des Vaterunsers: „Und vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern, dann meinte ich, daß die Leute, die so schlecht über die Sozialdemokratie schreiben, jeden Tag mit from-

mem Augenaufschlag mehrere Vaterunser beten und ob denn dieses Beten auch ernst gemeint sei. Nach einiger Zeit behandelte ich an der Hand der Evangelien die Reichsfinanzreform. Bei der Besprechung der Ablehnung einer Reichserbschaftsteuer durch das Zentrum erinnerte ich an die bekannte Episode zwischen Jesus und dem reichen Jüngling und gab auch die Worte wieder, mit denen Jesus nach den Evangelien den Reichen das Himmelreich verweigerte. Daran anschließend schrieb ich, in der Ablehnung der Erbschaftsteuer liege ein neuer Beweis dafür vor, daß das Zentrum sich um Christus nicht kümmere. Durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer würden die Reichen noch reicher und kämen durch die Schuld des Zentrums noch schwerer in den Himmel als bisher. Nun wurde man aber im Pfarrhof mobil. Ein Kooperator erschien mehrere Male in der Redaktion des Blattes, um das Erscheinen solcher Artikel zu inhibieren. Als es nichts half, griff der Pfarrer selbst ein und hatte eine erregte Auseinandersetzung mit dem Redakteur, die allerdings auch vergeblich war.

Das Verhalten der beiden Geistlichen, die eifrig für das Zentrum agitieren, beweist deutlich, wie unangenehm dem Zentrum eine derartige Taktik ist. Das ist auch sehr klar. Das Zentrum verdankt seine Stärke vor allem dem Umstand, daß die frommen Katholiken glauben, es stehe auf dem Boden des Christentums und sei diesem ein Hort. Wenn man dem Volk aber beweist, daß das Zentrum sich um die Evangelien keinen Deut kümmert, und die Gebote des Christentums für die wahren Verlezer, so untergräbt man dieser Partei das Fundament.

Freilich ist eine solche Umwälzung nicht schnell zu machen. Es gehört systematische Arbeit und eine genaue Kenntnis der Evangelien dazu. Auch hat dabei jede Kritik an Christus und an den Evangelien zu schweigen, weil sie nur dem Zentrum nützt und ihm dazu dient, Fromme und Halbfromme gegen die Sozialdemokratie aufzuheizen.

Die beste Deckung ist bekanntlich der Hieb. Und darum ist es das wirksamste, auch auf dem Gebiet in der geschichteten Weise offensiv gegen das Zentrum vorzugehen. R. K.

## Die Reichstagswahl.

Der Aufmarsch des Hansabundes.

Der Hansabund wird bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit 220 Kandidaten im Felde stehen. Am 23. November entwickelte der Präsident des Hansabundes, Geheimrat Kießer-Hannover in einer Versammlung der Ortsgruppen des Provinzialverbandes von Hannover das Wahlprogramm des Bundes. Dr. Kießer führte aus: „Der Tag bricht an, an dem wir die Überhebung der Urheber der Reichsfinanzreform und die Boykottierungs-politik des Bundes der Landwirte nun endlich strafen wollen. Es steht zu hoffen, daß auch unser Mittelstand nunmehr endlich erkennen wird, wer die große nationale Aufgabe seiner Förderung in die Hand genommen hat, und wer unter der Maske eines Freundes ihn als Versuchskaninchen behandelt. Der Hansabund hat nicht gehesst, sondern die Heizer an den Pranger gestellt und die Ruhe derer gestört, die den Staat als eine Versicherungs- und Verpflegungsanstalt für sich und ihre Sippe betrachten. Der Hansabund ist ein parasitäres Schlingengewächs des Kapitalismus genannt worden. Solchen Worten entsprachen die Handlungen des Bundes des Landwirte, der auf die Gefahr eines wirtschaftlichen Krieges mit dem Auslande von Handel und Industrie die Ablehnung des jetzigen Zolltariffbetriebes und bereits jetzt für den Fall der Erneuerung der Handelsverträge die Forderung auf Erhöhung der heutigen Agrarzölle und die Herstellung des lückenlosen Zolltariffs angemeldet hat. Forderungen, denen wir auf das entschiedenste entgegenzutreten werden. In dem bevorstehenden Entscheidungskampf wird die Regierung nicht auf unserer Seite stehen, trotz der Auseinandersetzung zwischen Herrn von Heybrand und dem Reichskanzler vom 11. November. — Während der Reichskanzler ganz im Sinne des großen Fürsten Bismarck jede nationale Parole entschieden ablehnt, die mit einem Krieg oder einer Kriegsdrohung erkauft werden sollte, hat er die Möglichkeit der Parole des Schutzes der nationalen Arbeit angedeutet. Wer jetzt noch zweifeln kann, wen er bei den bevorstehenden Wahlen zu wählen hat, der ist nicht zu begreifen. Es handelt sich um Sieg oder Niederlage zweier sich unversöhnlich gegenüberstehenden Weltanschauungen. Der Kampf, in dem und vor dem wir stehen, ist nur eine Etappe in dem glorreichen Kampf der Geschlossenheit des Agrarstaates und der Freiheit des modernen Staates und zwischen der Bevormundung und Reglementierung von oben her und der freien Entwicklung eines seiner selbst

bewußten Bürgertums. Wir verlangen, daß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine gerechte Politik getrieben wird, auch gegenüber den sozialdemokratischen Bestrebungen. Kießer schloß mit der Forderung, das Bürgertum müsse sich auf seine eigene Kraft verlassen und namentlich überall da, wo, wie in der Provinz Hannover, die Reaktion dem Liberalismus das Lebenslicht ausblasen wolle. „Verkennen Sie nicht den Ernst der Stunde! Bürger heraus!“

Reichsverbändlerische Kampfanlage an den Hansabund.

Die Konservativen hatten am Sonntag in Hannover eine Demonstrationssammlung veranstaltet, in der der Reichsverbandsgeneral von Liebert über die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien gesprochen hat. Liebert hat dabei mit den genügsam bekannten Reichsverbandsargumenten gearbeitet, ganz besonders aber die Schale seines Jornes auf den Präsidenten des Hansabundes ausgegossen, der bekanntlich ebenfalls in Hannover eine Rede gehalten hat, in der die blauschwarzen Blockbrüder nicht gerade besonders gut weggekommen sind. Nach Ansicht des Reichsverbandsgenerals bedeutet die Aufstellung von 220 Kandidaten des Hansabundes eine Zerrüttung aller Wahlkreise und damit einen Triumph der Sozialdemokratie. Der Arg der Reichsverbandsgenerals dürfte eine seiner wesentlichen Ursachen darin haben, daß ihm durch die Gründung des Hansabundes verschiedene Geldquellen verschlossen worden sind. Wie die Dinge liegen, wird der Reichsverband als konservative Wahlagitationszentrale nicht anders können, als im Wahlkampf seine Agenten auch gegen den Hansabund mobilzumachen, und damit würde der Reichsverband natürlich neuerdings den Beweis dafür erbringen, daß er seine Aufgabe nicht etwa einzig darin erblickt, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, sondern daß er alles niederringen will, was nicht bereit ist, im konservativen Fahrwasser zu segeln. Es ist eigentlich ein höchst gelungenes Witz, daß sich der Reichsverband jetzt gegen jene Kreise wendet, die eifrig mitgeholfen haben, ihn großzuziehen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde zunächst über die ostafrikanische Bahnvorlage verhandelt. Der Vorschlag des feisten Kauten-Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“, als eine Art Anti-England-Demonstration die Vorlage debattelos mit Hurra anzunehmen, fand im Reichstag keine Gegenliebe und nicht einmal Liebert wiederholte ihn. Die Vorlage wurde vielmehr ziemlich eingehend besprochen und sodann an die Budgetkommission verwiesen. Mit Nachdruck trat bei dieser Gelegenheit unser Fraktionsredner Noske für die farbigen Arbeiter bei den Kolonialbahnen ein. Ganz besonders kolonialbegeistert sprach namens der Fortschrittlichen Volkspartei der konservativ-ultramontan-nationalistische Eichhoff, der Wahlhilfenschmorzer.

Der Rest der Sitzung gehörte dem Hausarbeitsgesetz. Kommission und Regierung haben gewetteifert, aus dem Gesetz das zu machen, was Raumann mit Recht weiße Satze nennt, wobei aber nicht zu vergessen ist, daß die Mänze und Goller Fraktionsgenossen Raumanns sind. Genosse Robert Schmidt wies auf die Erbitterung und Enttäuschung hin, die in den Heimarbeiterkreisen herrscht und konstatierte, daß selbst die Hirsch-Dunkerschen haben anerkennen müssen, wie wiederum allein die Sozialdemokratie die Arbeiterinteressen vertreten hat.

Am Dienstag geht die Debatte weiter. Vorher sollen die noch ausstehenden Stücke der Schiffsabgaben in zweiter Lesung erledigt werden.

Aus dem neuen „Sozialistenpiegel“.

Im Verlage der „Freis. Ztg.“ ist eine neue Auflage des „Sozialistenpiegels“ erschienen, der seinerzeit von Eugen Kießer herausgegeben worden ist. Besser ist das Nachwerk des Verfassers der „Sparagnes“ und der „Strampelanna“ sicherlich nicht geworden; die Epigonen des großen Sozialistenförsters Eugen haben nicht gekargt mit Fälschungen, Verdrehungen, Ubertreibungen.

Greifen wir nur eins heraus: Auf Seite 120 der Broschüre wird der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, sie habe bei den Wahlen 1907 die Reaktion unterstützt. Eine Unterstützung der Rechten läge schon vor, indem die Sozialdemokratie überall eigene Kandidaten aufstellte. In zahllosen Fällen habe es die sozialdemokratische Partei in der Hand gehabt, durch Eintreten für einen Freisinnigen gleich im ersten Wahlgange diesen in eine aussichtsreiche Stichwahl zu bringen.

Die Herren vom Freisinn müßen der Sozialdemokratie also zu, daß sie auf die Aufstellung eigener Kandidaten und damit auf jede Agitation für die eigene Partei und ihre Grundzüge, auf die ganze gewaltige politische Aufklärungsarbeit, die in der Wahlbewegung und zwar nur in dieser Zeit in solchem Umfange zu leisten ist, von vornherein verzichte. Und dieses Selbst aufgeben wird gefordert, daß der Freisinn seine Mannen, von denen manche doch als recht unzuverlässige Elemente betrachtet werden müssen, ohne große Anstrengung ins Parlament zu bringen in der Lage ist.

Nun werden ja die Fortschrittler von uns gemeinhin als das „kleinere Abel“ betrachtet, allerdings bald mit mehr, bald mit weniger Berechtigung. Sie sind dann auch in der Stichwahl in den allermeisten Fällen unterstützt worden. In einzelnen Wahlkreisen allerdings und zu gewissen Zeiten sind unsere Genossen in begreiflicher Erbitterung auch schon zu dem Ergebnis gekommen, daß die beiden in der Stichwahl sich gegenüberstehenden Kandidaten in puncto politischer Moral und Zuverlässigkeit einander gleichwertig sind und haben sich deshalb der Stimme enthalten. 1907 soll das, wie der „Sozialistenpiegel“ feststellt, in acht Wahlkreisen geschehen sein. Angeführt werden die Reichstagswahlkreise: Sagan-Sprottau, Serichow, Ansbach, Schwabach, Colmar, Landkreis Straßburg, Böblingen-Leonberg, Würzburg, Sieben.

Ohne jeden einzelnen Fall des näheren zu prüfen, sei nur darauf hingewiesen, daß die Wahlen von 1907 sich für und wider den Bülowblock vollzogen, dem der Freisinn wohl angehörte, nicht aber das Zentrum. Auf die Zertrümmerung des Bülowblocks aber mußte es der Sozialdemokratie in erster Linie ankommen.

Nun aber die Rehrseite: Die Freisinnigen haben bei den Stichwahlen 1907 nicht weniger denn 28 Wahlkreise der Reaktion ausgeliefert, indem sie gegen die Sozialdemokratie stimmten. In allen diesen Kreisen traten die Freisinnigen Mann für Mann für die Gegner ein, unterschiedslos begeisterte sich diese „Volkspartei“ für Konservative, Reichsparteiler, Nationalliberale, ja sogar für die Antisemiten!

Und dieser Freisinn wagt es, die Sozialdemokratie der Unterfütterung der Reaktion anzuklagen!

#### Unfallfürsorge für Beamte.

Dijfids wird gemeldet: Durch die Reichsversicherungsordnung hat die Unfallversicherung eine Reihe von Änderungen und eine nicht unwesentliche Erleichterung ihres Geltungsbereiches erfahren. Da nun die für Reichsbeamte und Beamte der Bundesstaaten erlassenen Unfall-Fürsorgegesetze gemeinsam auf den gesetzlichen Bestimmungen für die Unfallversicherung beruhen, so muß demnach sowohl das Reichsgesetz vom Juni 1901 betreffend die Unfallfürsorge für Beamte, wie auch die entsprechenden Gesetze, die in Preußen und allen größeren Bundesstaaten erlassen sind, abgeändert werden. Der preussische Landtag wird sich daher schon in seiner nächsten Session mit einem solchen Gesetzesentwurf zu beschäftigen haben. Und dem Reichstage dürfte ebenfalls eine Novelle zum Unfall-Fürsorgegesetz sehr bald nach seinem Zusammentritt zugehen. Es handelt sich bei diesen Gesetzen um eine Fürsorge, die sich auf Betriebsunfälle bezieht.

#### Allzeitliche und Flottenkreuzer an der Arbeit.

Der Flottenvereinspräsident Großadmiral v. Koeßler hat in einer Verammlung der Ortsgruppe Frankfurt a. M. eine Ansprache gehalten, in der er nach der „Täglichen Rundschau“ u. a. ausführte: „Unsere Bestrebungen müssen dahin gehen, daß unser drittes und viertes Geschwader mit den dazu gehörigen Aufklärungsstaffeln möglichst mit dem Beginn eines Krieges gefechtsbereit sind, gleich der dritten und vierten Division der englischen Heimgloite.“

Während v. Koeßler aber England die gepanzerte Faust unter die Nase halten will, sehen die Allzeitlichen in Frankreich den Feind und flischen noch immer die Zähne nach Marokko. Die Ortsgruppe Berlin des Alldeutschen Verbandes sagt in einer Resolution: „Die Ortsgruppe gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß durch dieses, gegen den Willen des nationalen Teiles unseres Volkes zustande gebrachte Abkommen der Kampf um Marokko nicht beendet ist, und hofft, daß ihn berufener Staatsmänner zur gegebenen Zeit von neuem aufnehmen werden; um dem deutschen Volke durch den Erwerb des atlantischen Marokko das Siedlungsgebiet zu verschaffen, das es unbedingt braucht.“

Diese Kriegs- und Eroberungsgelüste muß das deutsche Volk am 12. Januar mit dem Stimmzettel eindämmen!

#### Die Reform des öffentlichen Pressebüros.

Die bürgerliche Presse fordert mit großer Entschiedenheit eine gründliche Reform des Nachrichtenbureaus im Auswärtigen Amt. Veranlaßt wurde dieses Begehren dadurch, daß das Nachrichtenbureau des Herrn v. Ribbentrop die bürgerliche Presse während des Marokkoprozesses vollkommen im unklaren gehalten hat. Wie es den Schmocks ergeht, die im Auswärtigen Amt vorpreschen, um für die Schuppensoldaten, die sie der Regierung leisten, mit ein paar Nachrichten belohnt zu werden, die sie dann weiter verküßern können, das schildert ein Witzender in den „Deutschen Nachrichten“ so:

„Holt man sich im „Freihedejernet“ Rat und Gewißheit über die oft so dunklen und verwickelten Pfade der maßgebenden Stellen, so wird einem nach wie vor bedeutet, daß es — ein solches gar nicht gibt! Nein, es gibt kein Pressebüro. Wir erteilen nur auf Anfrage Informationen. Wir sind absolut nicht dazu verpflichtet und tun es nur im Nebenamt der politischen Abteilung.“ Dies die übliche Zurechtweisung, auch gegenüber den regierungstreuen Blättern und den „eingesetzten“ Journalisten. Bekannt ist nicht nur die weißwäulige, mit möglichst allgemeinen Begriffen arbeitende Ausdrucksweise der öffentlichen Auskauferteilung, sondern typisch auch die ganze höfliche Haltung, die kühle Jugenköpfigkeit, das väterlich belehrende Son-aben-herunter, mit dem man behandelt wird, und zwar immer begünstigend, beschönigend, retardierend, immer mit der Hand an der Bremse. Als ein solcher Rathgeber einmal sagte, etwas von der Freiheit der Presse zu murmeln, lautete die Antwort:

„Aber bester Doktor, wir sind doch eigentlich in allem viel zu liberal geworden!“ Was bei solchen Gelegenheiten herauskommt, das bishen „Aufklärung“ muß durch zahlreiches Verhalten, durch Schweigen, Geschweigen und Kriechen so teuer erkauft werden, daß mancher ehrliche Presse-mensch bald auf Besuche im nicht vorhandenen Presse-bezernet verzichtet.“

Die bürgerlichen Schmocks werden genau so behandelt, wie sie es verdienen. Herr v. Ribbentrop-Wächter hat namentlich die alldeutschen Journalisten in seiner bekannten Rede über die Journalisten-Konferenz bis auf die Knochen blamiert. Menschlich begreiflich wäre es, wenn die so blamierten jeden Verkehr mit einem Amt abgebrochen hätten, das sie dem öffentlichen Gespött überlieferte. Statt dessen verlangen sie eine „Reform“! Der einfachste gesunde Menschenverstand müßte diesen Leuten sagen, daß das auswärtige Amt gar keinen Anlaß hat, sein Nachrichtenbureau im gewünschten Sinne zu reformieren, denn die bürgerliche Presse — mit ganz vereinzelten Ausnahmen — steht Herrn v. Ribbentrop-Wächter ja doch auch fernherhin zur Verfügung.

#### Koloniale Agitationsgelder.

Der Zentralverband deutscher Industrieller nahm eine Resolution an, nach der er den Anschluß der deutschen Metall- und Maschinenindustrie an das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee und seine Technische Kommission zur Erweiterung ihres Abgabebereiches, Schaffung neuer Industriezweige und zur Gewinnung von Rohstoffen aus den eigenen Kolonien für wünschenswert erachtet. Der Verband erklärte sich bereit, dahin zu wirken, daß diese Industrie die für vorstehende Zwecke benötigte Summe von jährlich 250 000 Mk. zunächst auf fünf Jahre durch Leistung eines Beitrages in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Beitrages zur Berufsgenossenschaft, wie es von der Textilindustrie bereits geschieht, oder durch andere geeignete Maßnahmen sichert und dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee zur Verfügung stellt.

#### Das neue Parlament für Elsaß-Lothringen

soll nach einer Meldung aus Straßburg am 6. Dezember eröffnet werden.

In einer Besprechung der Landtagsfraktionen wurde beschlossen, von einer Verteilung des Budgets auf verschiedene Kommissionen, wie bisher abzusehen und die Bildung ständiger Budget-, Petitions- und Rechnungskommissionen vorzunehmen. Die erste Arbeit des Landtages wird die Feststellung der Geschäftsordnung sein. Erst nach Weihnachten werden die Budgetberatung und die Steuerreform an die Reihe kommen.

#### Kleine politische Nachrichten.

Aus gut unterrichteten politischen Kreisen will die „Allgemein-Österreichische Zeitung“ erfahren haben, daß Herr von Bethmann-Hollweg in der erneuten Plenarberatung des Marokko-Abkommens seinen scharfen Worten vom 10. November gegen Herrn von Heydenbrand eine entgegenkommende und abschwächende Auslegung zu geben beabsichtige. — Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich in der Montagsitzung mit dem Gesetzesentwurf, der die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kiantians fordert. Nach eingehender Debatte wurde ein Antrag Ahrend angenommen, der die Ermächtigung, kleine Aktien auszugeben, ausschließlich auf die Konsulargerichtsbezirke in China beschränkt, also ihre Ausdehnung auf die Türkei, Abessinien, Persien und Siam verbietet. — Halbamtlich wird gemeldet, daß das deutsche Kanonenboot „Eber“ und der kleine Kreuzer „Berlin“ am Dienstag die marokkanischen Gewässer wieder verlassen, da „in Agadir alles ruhig und keine Gefahr für Leben und Eigentum von Deutschen mehr vorhanden“ sei. „Berlin“ wird über Casablanca und Tanger die Heimreise antreten, und „Eber“ wird die „Berlin“ nach Casablanca und Tanger begleiten und sich dann wieder auf die westafrikanische Station begeben.

#### Der Raubkrieg.

Bei Tripolis ist es zu einem heftigen Kampfe gekommen, bei dem die Italiener einen Sieg errungen haben. Das Fort Nestoi ist von ihnen wieder erobert worden.

Wie Enver Bey dem türkischen Kriegsministerium telegraphiert, sind die Italiener bei den letzten Geschehen bei Derna zurückschlagen worden.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 28. November.

**Achtung, Bauarbeiter!** über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Kadenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

#### Geschäftssozialisten.

Herr Julius Klein beweihräuchert mit Vorliebe seine „vornehme, sachliche“ Kampfweise im Gegensatz zu der „häßlichen, persönlichen“ der Sozialdemokratie, vor allem des „Volksboten“. Aber der „ritterliche“ liberale Mann gehört auch zu denen, die öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein trinken. Wenn er sich „entre nous“ glaubt, verdammt er durchaus nicht die vergiftete Waffe häßlicher Verdächtigung ihm mißliebiger und unedelmere Personen.

Hatte er da jüngst mit dem bekannten „durchschlagenden“ Erfolg in Hirschdorf löwenmütig den Zitatenbeutel gegen zwei Umstürzer geschwungen und alle Schläger des Phono-graphen ertönen lassen. Die Nacht senkte sich auf das Schlachtfeld, und die Gegner vorließen das Dorf. Herr Klein aber blieb noch, um am Biertisch des Feindes Niederlage zu vollenden. Und da schämte und schonte er sich nicht, einem der Gegner, der sein Parlamentsskollege ist, nachzusagen, er mache aus seiner Überzeugung ein Geschäft, sie diene ihm nur zur Befestigung und Vergrößerung der beruflichen Praxis.

Sehr vornehm! Und behauptet ohne Spur eines Beweises, aus haltloser Vermutung heraus, wie sie dem eigen zu sein pflegt, der auf den Fuß tritt, weil er selbst dahinter gesehen!

Wer den so hinterücks verleumdeten Parteigenossen und seine ganze Entwicklung kennt, der weiß, daß kaum irgendwo der schmüßige Vorwurf der Gesinnungsheuchelei aus Gewerkschaften weniger angebracht und mehr ungerecht ist, als bei diesem Manne! Und das wissen und bekennen auch ehrliche Gegner. Herrn Klein blieb es vorbehalten, an einem Spießerkammlisch die über jeden Zweifel erhabene Integrität eines politischen Antipoden in den Staub zu gerren. Vornehm und mutig!

Wir würden unserm Freunde zu nahe treten, wollten wir ihn ausdrücklich gegen den perfiden Anwurf in Schutz nehmen. Die Feststellung der Tatsache genügt zur Beurteilung des Urhebers der Verleumdung. Aber Herr Julius Klein, dessen Gesinnung ja durch Amt und gottgewollte Abhängigkeit natürlich nicht im mindesten beeinträchtigt wird, liebe es, ganz allgemein die Ehrlichkeit der Gesinnung seiner politischen Gegner zu verächtigen. Zu seinen auswendig gelernten Schlagworten gehört auch der „Geschäftssozialist“. Und zu dem Thema möchten wir denn doch einmal ein paar Worte verlieren.

Gewiß gibt es solche traurigen Gesellen! Wir sind die letzten, die es bestreiten. Es gibt einen ganzen Haufen Liberaler, die um des geschäftlichen Nebbuchs willen vor den Arbeitern den „Sozi“ markieren, teils raffiniert, teils höchst ungeschickt. Aber das ist doch kein Vorwurf gegen die Sozialdemokratie! Unspredigten über dieses Thema muß man doch nach einer andern Gegend richten. Wir verachten diese charakterlosen Buchsen gründlich und stellen sie an den Pranger, wenn wir sie entlarven. Die erwerbsunfähige Gesinnungslosigkeit bürgerlicher Elemente der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben, — dazu gehört schon die naive Dreistigkeit eines Liberalen!

Doch — Herr Klein hat schärfere Pfeile im Köcher. Er weiß darauf hin, daß manche ehemalige Leiter der Partei und der freien Gewerkschaften heute im bürgerlichen, im liberalen Fahrwasser schwimmen, und schleht daraus, daß sie einst geheuchelt haben müssen.

Auch diese Tatsachen bestreiten wir ganz und garnicht. Wir kennen sie noch weit besser, als Herr Klein. Aber wir sind nicht so liberal und unarmherzig, diesen Leuten, die ja zum Teil im liberal-bürgerlichen Lager es zu hohen Würden gebracht haben, Gesinnungsstumperet vorzuwerfen, wie Herr Klein es implizite tut. Wenigstens nicht, soweit ihre Bergangenheit in Frage kommt. Als sie im Vordertreffen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Bewegungen standen, konnten sie mit ihrer Gesinnung wirklich kein Geschäft machen. Was sie taten, geschah um der Sache willen, und der Lohn, den sie ernten konnten, war Nachregelung, Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Niedergang, wenn nicht gar Schlimmeres. Wer solche Ehrenämter bekleidete, um sich „einen guten Kock dabei anzuziehen“, der müßte schon „Linte gekoffen“ haben.

Nun sind manche von ihnen Negaten geworden. Unzweifelhaft! Einige sogar recht schlimme, bössartige! Aber ist das denn etwa Schuld der Sozialdemokratie? Deren Einfluß sind sie entzogen! Sie sind selbständige Unternehmer geworden, und ihre veränderte soziale Stellung brachte sie in nahe Berührung mit dem „liberalen“ Bürger-tum. Wenn ihr Charakter verdorben wurde, oft sogar recht rasch, so kann das also nur der demoralisierenden Wirkung des ständigen Umgangs mit den Klassen- und Gesinnungs-genossen des Herrn Klein zugeschrieben werden. Wir sind jeder Verantwortung bar! Wir sind weit entfernt davon, diesen Leuten die Anerkennung für das, was sie einst in schwerer Zeit unweignützig gewirkt, vorzuenthalten, aber die Verderbnis ihrer einst guten Sitten durch späteren schlechten Umgang lassen wir nicht auf unser Konto buchen. Da muß Herr Klein, sich schon an die wirklich zuständige Stelle wenden!

Wir geben Gesinnungsheuchlern und Geschäftemachern ohne Gnade den wohlverdienten Justritt. Werden sie dann drüben als wertvolle Akquisition mit offenen Armen aufgenommen, so zeugt das nicht für unseren schlechten Geschmack!

#### Eineingefallene Gewerkschafts„christen“.

Am 18. November erzählte der Bufenfreund des Herrn Franz Behrens, der „christliche“ Gewerkschaftler Becker-Ursberg im Reichstage, um den Raub des Koalitionsrechtes der Eisenbahnarbeiter als freiwilliger Ministerhandlanger zu rechtfertigen, einen schauerlichen Fall von Buchdruckerterrorismus, der natürlich der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften in die Schuhe geschoben wurde. Er sagte wörtlich:

„Man seien des christlich-nationalen Gutenbergs Bundes ist mir gestern noch geklagt worden, daß Buchdrucker, die diesem Bund angehören, und die in der Reichsdruckerei beschäftigt sind, sich einfach nicht zu halten vermögen (Hört, hört! in der Mitte und rechts), daß mehr als einmal Leute, die dem christlich-nationalen Gutenbergsbund angehören, also nichtsozialdemokratische Arbeiter, zur Zentrale des christlichen Gutenbergsbundes gekommen sind und tränenden Auges zu den Leuten in der Zentrale, mit denen sie zum Teil befreundet und Duzbrüder sind, gesagt haben: „Liebe Freunde, nehmt es mir nicht übel, ich muß austreten. Ich muß dem sozialdemokratischen Verbände der Buchdrucker beitreten, ich kann sonst in der Reichsdruckerei nicht mehr bleiben (Hört, hört! rechts und in der Mitte). Das ist mir gestern noch von Vertretern der christlichen Buchdruckerorganisation des Gutenbergsbundes mitgeteilt worden (Hört, hört!)“

Wozü Behrens, als aufdringlicher Hans Dampf in allen Gassen, mußte natürlich seinen Senf dazu geben und die Ausführungen Beckers zustimmend unterstützen. Die Lügen haben jedoch kurze Beine. Die Buchdrucker der Reichsdruckerei haben bereits am 20. November durch selbige Resolution dem Schwindel ein rasches Ende bereitet:

„Die in den „Arminhallen“ versammelten Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und Schriftgießer in der Reichsdruckerei sind aufs tiefste empört über die durch den Abgeordneten Becker (Ursberg) in der Reichstagsitzung vom 18. November ausgesprochenen Beschuldigungen gegen über den in der Reichsdruckerei beschäftigten etwa 500 Verbandsmitgliedern. Sie erklären die aufgestellten Behauptungen als vollkommen unzutreffend und wohl nur zu dem Zweck in die Welt gesetzt, das zwischen Personal und Direktion der Reichsdruckerei bestehende gute Einvernehmen zu zerstören. Tatsache ist, daß seit fünf Jahren nur zwei Mitglieder des Gutenbergsbundes hier in Kondition getreten sind, welche, ebenso wie die früher eingetretenen Gutenbergsbündler, laut vorliegender Erklärung vollkommen freiwillig dem Verbände der Deutschen Buchdrucker beigetreten sind. Auch ist ihnen gegenüber in keiner Weise Terrorismus geübt worden, was auch wohl damit bewiesen ist, daß heute noch etwa zwanzig nichtorganisierte Kollegen in der Reichsdruckerei beschäftigt sind. Von dem Reichstagsabgeordneten Herrn Becker wird erwartet, daß er seine auf falschen Informationen beruhenden Ausführungen an derselben Stelle zurücknimmt, wo sie ausgesprochen wurden.“

Des weiteren lag nachstehende Erklärung vor, die von elf Personen namentlich gezeichnet ist:

Unterzeichnete ehemalige Mitglieder des Guttenbergbundes erklären hiermit, seinerzeit vollkommen freiwillig und aus Überzeugung dem Guttenbergbunde den Rücken gekehrt und dem Verband der Deutschen Buchdrucker beigetreten zu sein. Die Verbandsmitglieder sind uns stets freundlich entgegengekommen und ist seitens derselben in keiner Weise Terrorismus geübt worden.

Der Becker und der Herrns sind also gründlich auf Maul geschlagen. Mit dieser Mär können sie keine Geschäfte mehr machen. Wie ihresgleichen aber Andersgehenden gegenüber verfahren, lehrt ein Vorfall aus dem hiesigen Hiesigen (Hiesiger). Dort macht der deutsche Bauarbeiterverband, trotz der gehässigen Bekämpfung durch die Leiter des christlichen Verbandes, langsam aber stetig Fortschritte. Dies hat die Eiferfucht der Macher im Zentrumverband hervorgerufen. Im „Hohen Rat“ wurde deshalb der Beschluß gefaßt, die natürliche Entwicklung des „freien“ Vereins, durch künstliche Mittel zu verhindern. Es wurde aus wichtigen Gründen beschlossen, den Vorstehenden des Zweigvereins, als die treibende Kraft, brotlos zu machen. Daß der Mann Familienvater ist, kümmert die Apostel der „allesumfassenden christlichen Nächstenliebe“ nicht. Am Mittwoch, 15. November, legten 16 Christen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer den 16 christlich gehaltenen Verbänden nicht entlassen wollte. Drei Tage später war der Bau aber mit 16 Mitgliedern des deutschen Bauarbeiterverbandes aus Königsberg besetzt. Die Christen haben also ihr schändliches Ziel erreicht!

Herr Klein darf sich diese Geschichte merken. Obwohl er ja auch höchster politischer Vertrauensmann des Lübeck, durch äußerst terroristische Neigungen weit und breit berüchtigten Arbeitgebertums ist, faßelt er auch gern allerlei Ungeheimes über sozialdemokratischen Terrorismus zusammen. Wirst also trotz des gebrechlichen Glasdachs, unter dem er sitzt, mit Steinen!

Der Bürgerausschuß hielt gestern Abend eine lange Sitzung ab, in der er sich gutachtlich für den Ausbau der Realschule zum Dom zu einer Oberrealschule aussprach, und zwar soll dieser Ausbau ab Ostern 1914 erfolgen. Heute Abend führt der Bürgerausschuß seine Beratungen fort.

Einen Wahlausruß erläßt das „nationalliberale Wahlkreiskomitee“. Er enthält, wie das von der Partei der politischen Grundlosigkeit nicht anders zu erwarten ist, nur eine Fäulnis höhlender Phrasen. Man bedauert den Mißerfolg der von Hilow verhassten konservativ-liberalen „Paarung“, die Gründung des schwarz-blauen Blocks und die Folgen der glorreichen Reichsfinanzreform. Als ob die Nationalliberalen nicht hundertfach genau so rücksichtslos mit den Volksinteressen Schindluder gespielt hätten, wie die „Ritter und Heiligen“. Und dann holt man zu einem „Sammelruf“ gegen die Sozialdemokratie aus, der wirklich nichts Neues bringt. Im Gegenteil — man hat's schon besser gelesen! Wir wollen deshalb nur daraus hervorheben, daß die Lübecker Nationalliberalen — ausgerechnet sie! — in den Kampf eintreten wollen unter der Devise „Für bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung.“ Das geschieht 14 Tage nach den Bürgerwahlwahlen, bei denen das Gegenteil von bürgerlicher Gleichberechtigung so drastisch zum Ausdruck kommt. Herr Klein sollte sich solche Unterstützung verbitten. Man kompromittiert ihn ja schlimmer, als er selbst es vermag.

Die Kriegervereine und die bevorstehende Reichstagswahl. Wenn es auch zur Genüge bekannt ist, daß die Kriegervereine resp. Kameradschaftsblinde nichts weiter sind als eine Schutztruppe der Reaktion bei politischen Wahlen und Handlanger der Ausbeuter im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lebenslage, so ist es doch wohl angebracht, diesen Organisationen die Maske politischer Neutralität vom Gesicht zu reißen. Das „Lübecker Tageblatt“ bringt gestern als besonderen Artikel einen „Wahlaufruf des Deutschen Kriegerbundes“, in dem es heißt, daß kein „Kamerad“ einem Welsen, Wolen oder Sozialdemokraten seine Stimme geben dürfe, weder bei der Hauptwahl noch bei den Stichwahlen. „Von allen unseren Kameraden erwarten wir, daß sie im Geiste des Kriegervereinswesens sich bei den bevorstehenden Wahlen als patriotische Staatsbürger betätigen, daß ein jeder den Kampf gegen die Sozialdemokratie unbeeinträchtigt durchführt sowohl bei der Hauptwahl wie bei den Stichwahlen.“ — Wer angesichts solcher Tatsachen noch von politischer Neutralität der Kriegervereine zu sprechen vermag, der ist entweder mit dem Dummbeutel geklopft oder er heuchelt. Die Sache wird aber dadurch noch interessanter, daß ein ausgehellig liberales Blatt diesen Kriegervereinswahlaufruf ohne Kommentar zum Abdruck bringt, obwohl doch schon manche Stichwahlabkommen zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen abgeschlossen worden sind, die es letzteren zur Pflicht machen, auch für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Noch vor wenigen Wochen war das bei der Landtagswahl im benachbarten Fürstentum Lübeck der Fall. Und das Tageblatt gab dazu seinen Segen. Wie will das liberale Organ seine doppelzüngige Haltung rechtfertigen? Am Ende damit, daß es keine Liberalen „Kameraden“ gibt? Wir können nur die schon oft ausgesprochene Mahnung wiederholen: Arbeiter, weidet die Kameradschaftlichen und Kriegervereine, die nur der Bekämpfung eurer vitalsten Interessen dienen!

Zur Bewegung der Lithographen und Steindruckere läßt sich mitteilen, daß es jetzt der Firma Hermsberg gealückt ist, in der siebenten Woche zwei Streikbrecher zu bekommen. Und wie liebenswürdig werden diese „Leuten“ behandelt. Man glaubt wohl, daß diese Herren die nordische Luft nicht recht vertragen können und quartiert sie gleich in der Bude ein. Wie liebenswürdig? Hoffentlich macht die Firma nicht dieselbe böse Erfahrung wie im vorigen Jahre die hiesige Maschinenbau-Gesellschaft. In unserem letzten Berichte teilten wir einige Briefbrocken mit, in denen es unter anderem hieß, daß es unwürdig sei, daß unsere Kollegen, die doch zu den Gebildeten zu rechnen wären, Streikposten stehen. Diese Anekdote! Wir erlauben uns die bescheidene Anfrage, ist es denn für gebildete Arbeiter auch nicht unwürdig, sich direkt als Sklaven zu verkaufen? Ist diese Unwürdigkeit nicht viel entwerdender? Für uns ist das Streikpostenstehen eine Ehre. Wir lassen uns dies nicht nehmen. Wir fühlen uns aber noch als freie Arbeiter. Soweit, daß wir uns verkaufen, sind wir noch nicht. Von unseren Kollegen ist bis jetzt noch kein Kollege abgefallen. Unsere Kollegen halten treu zur Fahne und lassen sich durch solche Rinkerlichkeiten nicht davon abhalten. Wissen dieselben doch zu gut, daß diese Art Kollegen, die ihre Ware Arbeitskraft auf solche unwürdige Art und Weise verkaufen, im Punkte Arbeitsleistung minderwertige Kräfte sind. Auch der Privat-Lithograph Kopenhagen aus Amsterdamm, wohnhaft Bleicherstraße 14 a, ist immer noch tätig für die Firma. Wie mag diese in der Klemme sitzen? Die früher so oft verführte rote Johannisstraße scheint ein böses Omen für die Firma zu sein. Wäre sie doch bloß noch in ihrem alten Heim.

Bei den anderen Firmen steht für uns die Sache ebenfalls günstig.

Wer für Klein stimmt, ist ein Schuft! Mit diesen drahtischen Worten kennzeichnete gestern Abend in Curau in einer sogenannten liberalen Wählerversammlung der dortige Vertrauensmann des Bundes der Landwirte, Höper, die Stimmung der Bauern gegenüber der Kandidatur Klein. Letzterer wird natürlich trotzdem in der ihm ergebenden Presse auch von dieser Versammlung wieder behaupten, sie stelle einen „durchschlagenden Erfolg“ für seine Kandidatur dar; in Wirklichkeit aber bedeutete sie für Klein eine klägliche Niederlage. Ganze 31 Mann hatten sich einschließlich des Referenten, seiner beiden Begleiter und zweier Genossen aus Lübeck eingefunden; die am Orte anwesenden Besucher rekrutierten sich lediglich aus Bauernbündlern und einigen Sozialdemokraten. Klein leierte nach altbekannter Manier seinen Speech herunter, ohne irgend etwas Neues zu bringen. Beifall erntete er natürlich nicht. In längeren Ausführungen zerpfückte dann Genosse Stelling das Kleinische Gerede und wies ihm an der Hand von Tatsachenmaterial nach, daß er nicht immer bei der Wahrheit bleibt. Mit aller Schärfe nagelte unser Redner fest, daß Klein jetzt den ersten Vorstehenden seiner eigenen Organisation, Dr. Göhr, ob seines Verhaltens bei der Wahlrechtsverschlechterung in der Bürgerschaft abschüttelt. Weiter geißelte er das Verhalten der Liberalen bei der Reichsfinanzreform und beim Reichsvereinsgesetz. Unter dem Beifall der Arbeiter forderte Stelling zur Wahl des Genossen Schwarz auf. — In der weiteren Debatte zogen die Landwirte Böck, Höper und Wittmann gegen Klein zu Felde. Höper ließ dabei die eingangs zitierten Worte fallen und forderte die Bauern auf, lieber gleich im ersten Wahlgang Schwarz — niemals aber Klein zu wählen. Das Schlusswort Kleins war äußerst matt. In demselben tat er die von den Liberalen gutgeheißenene Entschuldigung der Woten mit einer eleganten Handbewegung mit den Worten: „Ach was Woten“ ab. Das übliche Hoch auf das Vaterland beschloß die Versammlung. — Interessant ist noch, daß Klein, als Genosse Stelling seine Ausführungen begann und der Berichterstatter des „Tageblatts“ sich hierüber Notizen machte, ihm das einfach unterlegte. So kommandiert Klein seine Pressekritik.

Von rechts nach links. Herr v. Duth teilt dem „Gen.-Anz.“ mit, daß er für die eventuelle Stichwahl die Parole „Klein“ ausgeben will. Wir beziehen uns demgegenüber auf unsere geistige Bemerkung, daß hoffentlich den „Rechtsstehenden“ die Stichwahl kein Bauchgrimmen verursachen wird.

Billige Seefische. Im Fischereiverein beschäftigte man sich mit der aktuellen Frage der Lieferung billiger Seefische. Man erklärte, die Fischer könnten nicht billiger liefern, als jetzt geschehe, und würden deshalb nicht mittun. Es sei auch nicht die Absicht vorhanden, die Fischer zu schädigen, sondern man wolle nur die Konsumenten über den wirklichen Fischpreis aufklären. In praktischen Maßnahmen schlug Herr J. Willwäter-Schlump vor: Verkauf nach Gewicht, rechtzeitige Benachrichtigung der Konsumenten über den Ort für den Bezug frischer Ostseefische und den Durchschnittspreis und Errichtung weiterer Verkaufsstellen. Redner behauptete, die hiesigen Fischer seien fast immer in der Lage, den Bedarf Lübecks an frischen Seefischen zu decken. Heute müßten Massenfänge an grünen Seringen fast immer in die Düngefabrik gefahren werden, weil die Konsumenten von der Anfahrt der Fische in Lübeck nicht unterrichtet seien. So käme es, daß ein billiges Volksnahrungsmittel — bei Massenfängen würden sich die Seringen für 3—5 Pfg. per Pfund in Lübeck verkaufen lassen — nutzlos vergeudet werde.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 5. bis zum 11. November in Deutschland nur wenig verändert. In einzelnen Orten ist die Sterblichkeit etwas gefallen, in anderen um eine Kleinigkeit stiegen. Auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet, betrug sie von den Orten mit mindestens 70000 Einwohnern in Altona 14,5, Berlin 14,5, Braunschweig 12,0, Bremen 10,3, Köln 13,1, Dresden 14,8, Frankfurt 10,4, Hamburg 14,3, Hannover 14,6, Kiel 12,6, Leipzig 11,6, Lübeck 16,1, Magdeburg 16,0, Stettin 15,6.

Handelsregister. Am 25. November 1911 ist eingetragen 1. die Firma H. Lötting u. Sohn, Lübeck. Persönlich haftende Gesellschaft sind: 1. H. G. Lötting, 2. H. F. Lötting, beide Fußwegwerksbesitzer in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 23. November 1911 begonnen: 2. bei der Firma Jaekel u. Achenbach, Lübeck: Die Procura des J. G. G. Jaekel in Lübeck ist erloschen.

Sich selbst erschossen. Im Waldhufener Forst fand man Sonntag die Leiche des hiesigen Rentiers G., der sich dort erschossen hatte. Die Ursache der Tat soll in großer Nervosität zu suchen sein.

pb. Verschwundenes Boot. In verfloßener Nacht ist ein, zum im hiesigen Hafen liegenden Dampfer „Ryn“ gehöriges, kleines, graugetrichenes Boot mit hohen runden Steben, ein sogenannter nordischer Brahm, abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Im Innern des Fahrzeuges ist eine Reparatur ausgeführt, die noch nicht übergestrichen ist.

pb. Eigentumsvergehen. In der Nacht vom 25. zum 26. ds. Mts. sind von dem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer „Anne-Diese“ zwei Kompaßlampen, ein Kompaßbezug und eine Landganglaterne abhandengekommen und vermutlich gestohlen.

pb. Wer ist der Eigentümer? Am 20. ds. Mts. ist ein im Umschlaghafen treibendes großes Balkenfloß geborgen und nach der Staatswerkst geschleppt worden. Der unbekannt Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Festgenommen wurde ein obdachloser Arbeiter, der in einer hiesigen Herberge ein Trikothemd gestohlen hat.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Mittwoch Abend 8 Uhr kommt bei kleinen Kreisen Schönherr's erfolgreiches Schauspiel „Glaube und Heimat“ zur legtmaligen Aufführung. — Am Donnerstag findet das erste Gastspiel der Sigrid Arnoldson als „Mignon“ in der gleichnamigen Oper von Thomas statt. Die weltberühmte Künstlerin ist noch von ihrem vorjährigen Gastspiel her beim hiesigen Publikum in allerbesten Erinnerung und wird auch jetzt wieder, wie überall, die höchsten Triumphe feiern. — Am Freitag geht, vielseitigen Wünschen entsprechend, das Mythenum „Gawän“ von Eduard Stucken nochmals in Szene.

Hamburg. Gewerkschaften für die Reichstagswahl. Eine am Sonntag stattgefundene Mitgliederversammlung der Metallarbeiter, die von 6000 Mitgliedern besucht war, beschloß nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Scheidemann, dem Parteivorstand 10000 Mann zu Wahlwecken zu überweisen.

Bremen. Die Bürgerschaftswahlen brachten unseren Genossen am Sonnabend kein Mandat. In fünf Bezirken, mit überwiegend bürgerlicher Bevölkerung, siegen wieder die bürgerlichen Kandidaten. In einem Bezirk kommt

Genosse Rhein mit 231 Stimmen in die Stichwahl; die beiden Gegner brachten es auf 210 bezw. 87 Stimmen. Die Liberalen hoffen unseren Genossen mit Hilfe einer neuen Wahlbezirksgeometrie einige Mandate abzuzweigen. Das scheint ihnen aber nicht zu gelingen, denn bis heute ist für die sozialdemokratischen Kandidaten in den meisten Bezirken ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Genaue Angaben über das Stimmenverhältnis lassen sich wegen der Veränderung der Wahlbezirke erst nach Beendigung der Wahlen machen. Am Mittwoch finden die letzten Hauptwahlen statt.

Theater und Musik. Neues Stadttheater. Als Bürgermeister von Bett geierte gestern Abend in Lorchs komischer Oper „Bar und Zimmern“ Herr Hand vom Stadttheater in Oberfeld auf Engagement. Der Künstler soll Herrn v. Schenk, der nach Wiesbaden geht, ersetzen. Dann war er nur nicht gut beraten, als er gleich dessen beste Rolle spielte und dadurch zu Vergleichlichen Anlaß gab, die nicht zu seinen Gunsten ausfallen konnten. Wie lebendig und beweglich gestaltet Schenk den eingebildeten Lummelpomp, und wie unwiderstehlich komisch wirkt hier seine Mimik. Dagegen steckte Herr Hand den ganzen Abend die gleiche indifferente Miene auf; ihm fehlte der echte Humor, mit der Vorzüge diese dankbare Figur so reich bedacht hat. In gefanglicher Beziehung ließ das spröde Organ des Herrn Hand gleichfalls manche Wünsche unerfüllt. Unter solchen Umständen scheint dieser Künstler hier am Ort zu sein, soll unsere Oper auf der gleichen ansehnlichen Höhe bleiben, wie das in den letzten Jahren der Fall war. P. L.

### Ständesamtliche Nachrichten vom 19. bis 25. November 1911.

- Geburten.**
- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
15. November. Postkassierer W. K. G. Witt, 16. Stellmacher W. G. F. Witt, 17. Arbeiter D. R. A. Gründt, 18. Hafenarbeiter G. F. F. Sellin, 19. Former W. G. G. Schmarloh, 21. Möbelfachierer S. Wais, Arzt Dr. med. A. H. H. Wühmeyer, 22. Maler C. G. A. Brändel, 23. Arbeiter C. F. F. Westphal.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
15. November. 15. Verkäufer D. G. F. Th. Valkey, 16. Arbeiter J. F. Chr. Rode, 17. Feuerwehmann S. A. L. F. F. Bruhn, 18. Kutscher F. F. G. Chr. Hülshoff, 19. Arbeiter F. Matern, Arbeiter G. H. M. Bannow, Schmied K. F. W. Levenhagen, 20. Friseur A. W. Müller, Kaufmann Wicher (Arnold) Alderstein, Arbeiter Chr. G. M. Kellberg, 21. Schmied A. F. K. Pirzow, 22. Maschinenhelfer C. F. F. Tatter, Arbeiter F. W. Krüggmann.

- Angeordnete Aufgebote.**
20. November. Blechballagen-Fabrikant M. A. Brackmann in Hamburg und H. M. L. Bandholz, 21. Eisenendreher K. Rudolf und C. Wiederhold, beide in Eocksdorf, Arbeiter C. A. G. Dunder in Altona und C. D. M. Hartenstein, Arbeiter K. W. Schmidt und P. K. Witzfeld, Landmann K. W. D. Rebbin in Mühlenbeck und K. G. S. Schulz in Wöserin, 23. Tapezier und Dekorateur F. C. K. Osterloh und B. A. Kiedel in Charlottenburg, 24. Arbeiter W. Chr. S. Camer und A. G. M. Wühlhäger, beide in Moisling, 25. Arbeiter K. G. P. Lender und M. G. Ch. Krötel, beide in Hannover. Hauptmann und Kompaniechef im Infanterie-Regiment Lübeck (Nr. 162) L. G. F. W. Gagedorn und W. W. von Leueman in Stade, Medizinalpraktikant L. A. Meffau und C. A. W. Lesenberg in Rostock, Handlungshelfer D. F. F. Barch und C. W. M. Michaelsen.

- Eheschließungen.**
21. November. Gärtner A. Benz und W. Ammer, Admittistrator K. G. Baron von der Olen-Sacken in Zergeln und A. J. C. L. Jabs in Schönberg, Schlichter G. F. R. D. Wolter in Waren und K. S. F. Albert, 23. Arbeiter G. M. W. Weitenborn und Witwe W. E. F. Ch. Kluge geb. Leopold, 24. Dreher W. F. G. Stegemann und C. M. M. Dethmann, Landmann H. F. Prüß in Eckhorst und C. Wais, 25. Buchhalter K. A. Hildebrand in Harburg und M. M. L. Rippe, Arbeiter K. A. Schulz und K. M. C. Gäh, Schleifer G. W. R. F. Callison und L. G. B. Janssen, Arbeiter F. K. Rebder und M. F. D. Muuss, Arbeiter M. F. G. Restorf und A. F. S. Dannehl.

- Sterbefälle.**
18. November: Landrichter Dr. jur. M. R. C. Ph. Piper, 35 J. Bader F. F. H. Strömer, 53 J. Chr. M. G. geb. Helms, Witwe des Gütersehreibers W. D. L. Hirscher, 75 J. Arbeiter R. Ballnus, 46 J. (Leutendorf), Flußschiffer J. D. B. Westfeling, 62 J. Bäckermeister W. G. C. Kooß, 54 J. 19. Masseur F. W. F. Ott, 88 J. 20. Ein Mädchen, 16 J., B.: Arbeiter G. G. Schütt, A. W. M. geb. Groth, Ehefrau des Zollaussehers G. E. Seel, 27 J. (Travemünde), Hafenarbeiter H. F. G. Vahr, 45 J. 21. F. M. geb. Johanson, Ehefrau des Schwedischen Seemanns Faktors D. Larsson, 40 J. Privatmann G. H. A. Otto, 57 J. geb. von Schönberg, Ehefrau des Privatmannes G. H. C. G. von Levechow, 67 J. Dienstmann H. P. W. Schaper, 67 J. Stellmachermeister F. F. G. Jürgensen, 60 J. G. A. Lohß, 72 J. A. D. M. geb. Studier, Ehefrau des Bäckermeisters A. M. Klutke, 50 J. 22. Eisenbahn-Büreaubote F. J. F. Timme, 55 J. H. F. F. Köse, 4 J. Bezirkschullehrer A. D. F. H. Chr. Schröder, 74 J. H. F. F. Damm, 4 M. H. D. F. Jürgensen, 6 J. G. P. A. Griefe (Griefe), 2 M. 24. M. C. F. geb. Steen, Ehefrau des Lagerarbeiters J. D. L. Grise, 65 J. A. G. M. geb. Brückmann, Ehefrau des Dampfmaschinenmachinisten C. W. Strangmann, 61 J. Privatmann D. D. G. Ahrendt, 86 J. A. D. geb. Wohlers, Witwe des Tischlers A. Baranowski, 88 J. 24. F. S. L. Stricker, 86 J. C. D. Chr. geb. Peters, Witwe des Altenteilers H. Chr. Oberdieck, 71 J. G. M. Chr. Greefe, 2 J. B. G. A. Schmidt, 1 J. (Fackenburg), 25. A. G. geb. Lehmann, Witwe des Schauspielers F. G. P. Verlach, 83 J.

**Briefkasten.**

A. D. Die Eltern können nicht gezwungen werden, ihre Kinder konfirmieren zu lassen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Insertate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

*Küßt aus Osmen, sonnen  
aus nonchollnu Wolz moist  
Stoffenimms Wolzloffen  
Inzognfalle.*

*Ime Ojfall mouft' S!*

Ein freundliches heizbares Logis nach vorne zu vermieten  
Waisenböhstraße 21. I.

Gesucht zum 1. April von älteren Leuten ohne Kinder eine Drei-Z.-Wohnung i. d. ob. Margaretenstr. b. d. Nähe. Off. u. W. G. an Exp.

Ein Haus zu verk. mit Stallung u. Wagenremise in Schwartau, past. f. Brothändler. Off. u. B. S. a. Exp.

Wegen Gasanlage eine hübsche Säugelampe billig zu verkaufen  
Travemünderstr. 31/33, I. 1.

Billig zu verk. 1 bl. Mädchenpaletot für Alter von 12-15 Jahr, 1 Heizbrett und 1 Handharmonika  
Meiendorferstr. 15, I.

Eine schöne große Palme billig zu verkaufen  
Brüderstraße 1a.

Zu verkaufen Wüsch-Sackett, Gummi-Mantel, Pelz-Jackett  
Gaidienstraße 67, I.

Ein guterhalt. Damenrad  
fast neu, unter Garantie billig zu verk.  
J. Baade, Fackeb. Allee 34.

2 kräftige Räder mit Torpedo, 30 u. 35 Mt., 1 Trittnähmaschine, Smal gebraucht, 50 Mt., 1 Trittnähmaschine, 30 Mt.  
H. Krohne, Fahrtrab. Schwartau.

2 guterhaltene Fahrräder  
fast neu, unter reeller Garantie billig zu verkaufen.  
J. Baade, Fackeburger Allee 34a.

Ein fast neuer moderner Damen-Winterpaletot billig zu verkaufen.  
Brodesstraße 45, part.

1 Waschtisch, 1 Küchenschrank, 1 Kaffeemaschine, 1 Abendmantel billig zu verkaufen.  
Brodesstraße 45, II.

Ein fast neues Fellschamfelpferd und eine Zither zu verkaufen.  
Maidlumensstraße 5, II.

Ein Sofa und ein Abendmantel billig zu verkaufen.  
Schützenstraße 75, II. r.

Ein Paar schwarze Kopenhagener Sanden entflohen.  
Abzugeben Warfstraße 44, II.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden  
Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft  
Fischergr. 52.

**Für Damenhaar**  
zahlte hohe Preise. Postkarte genügt.  
Ed. Rieck, Fackeburger Allee 46c.

**Puppen-Berücken.**  
Echtes Haar von 75 Pfg. an.  
A. Dahn, Dankwartsgrube 68.

**Puppen-Klinik.**  
Sämtliche Reparaturen gut und billig.  
Kupferfchmiedestraße 10.

**la. Hausmacher Leberwurst**  
Pid. 1.20 Mk.

**la. Thüringer Leberwurst**  
Pid. 1.00 Mk.

**la. Hildesheimer Leberwurst**  
Pid. 80 Pfg. empfiehlt

**Carl Junge**  
Wahmstr. 14.

**Schwarzjauer, Sauerfleisch**  
empfeht  
J. Meizel, Garten- grube 34.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage empfiehlt

**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

**Heute Dienstag, 28. Noobr.**

**Versammlung**

**der Geschäftstätiger u. Kaufmannsarbeiter.**

Abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Der Vorstand.

# Die Ursachen der heutigen Teuerung

werden verschieden erklärt. Sicher ist, dass die sparsame Hausfrau sich heute möglichst einrichten muss. Statt der teuren Butter wählen sie unsere erstklassigen Margarine-Spezialitäten

## „Unser Ruhm“

## und „Rowitt“

oder unsere feinste Pflanzenbutter-Margarine

## „Herba“

Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität, sind nach eigenem Verfahren aus nur besten Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieblichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit von bester

### Meiereibutter

kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber wesentlich billiger.

Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

## Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut

Telephon 2186 Georg Behneck, Warendorferstr. 4

übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Überführungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw.  
Billigste Preise.

**Prima Rindfleisch } Pfund 60 Pfg.**  
**Schweinefleisch }**

**Frisch Gehacktes } Pfund 70 Pfg.**  
**Gulasch }  
Flomen }  
Karbonade }**

**Prima Bratenstücke Pfund 65 Pfg.**

**Johann Möller, 22 Zühlhaußen 22.**

**Meine gebr. Kaffees**  
in bekannter Güte und Preis-  
lage halte bestens empfohlen.  
Joh. Böttcher, Reiferstr. 43.

**Hasenfelle,**  
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.  
**Pferdehaare,**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a.

### Vorträge der Oberstudienbehörde.

Die weiteren Vorträge des Herrn Seminar Direktors Dr. Möbusz finden nicht Montag, sondern Freitag, den 1., 8. und 15. Dezember, statt.

### Grüntoblesien

am Donnerstag, d. 30. Noobr. von 10 Uhr morgens an. Hierzu ladet freundlichst ein  
**Aug. Busch**  
Safenstr. 52.

### Zur alten Lohmühle.

**Ausstegeln u. Ausspielen**  
auf einem Ziehbillard von  
**Weihnachtskarpfen**  
und **Ranchfleisch**  
am Sonntag, d. 3. Dezember. Anfang 11 Uhr morgens. Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein  
**H. Luckmann.**

**HANSA THEATER**

Täglich:

# De Bière

(Der Geheimnisvolle)  
und  
das große Programm.  
Vorverkauf bei Sager.  
Vorzugskarten ungültig.

**Neues Stadttheater.**  
Mittwoch, 29. Nov. Abds. 8 Uhr.  
**Bei kleinen Preisen!**  
**Glaube und Heimat.**  
Schauspiel von Schönherr.  
Donnerstag, 30. Nov. 7 1/2 Uhr.  
**Gehöhte Preise!**  
Erstes Gastspiel der Kgl. Schwed. Kammerjägerin  
**Mme. Sigrid Arnoldson.**  
**Mignon.**  
Oper von Ambroise Thomas.  
Freitag, 1. Dezember. 7 1/2 Uhr.  
**Gawan.**  
Mysterium von Ed. Stucken.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

<p><b>Brauereien</b> Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75. Kleiner Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 94, Fernspr. 1274.</p>	<p><b>Drogerien</b> W. Hohenschild, Marist. 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38. Julius Vogt, Germania-Drogerie, Bäckerstr. 10, Ecke Königsgr.</p>	<p><b>Friseur, Parfüm.</b> Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.</p>	<p><b>Kurz-Weiss-Wollw.</b> O. Sinnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.</p>
<p><b>Arb.- u. Berufs-Kl.</b> J. H. Fein, am Markt. Rudolph Karstadt, Eutin. K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.</p>	<p><b>Fahrräder, Nähmasch.</b> H. Benthien, Fackebg. Allee 53. Deutsches Nähmaschinen- u. Haus <b>Gustav Rath,</b> Frister &amp; Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahmstr. 42. Rich. Israel, Alstr. 31. Heinr. Körner, Lübecker Fahrräder, Gr. Burgstr. 23. St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Armitz 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig. Johs. Meyer, Königsstr. 51. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 23. H. Krohne, Schwartau, Lüdn.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatz.</p>	<p><b>Galant., Spielwar.</b> C. Bliessath Wwe, Sandstr. 9.</p>	<p><b>Manufakturwaren</b> Johann Dittmer, Drögest. 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.</p>
<p><b>Art. z. Krankenpfl.</b> F. W. Heyde, Königstr. 3.</p>	<p><b>Brennmaterialien</b> H. Schütt, Augustenstr. 14/14a. L. Weißbrandt, Rosengarten 10.</p>	<p><b>Handels-Lehranst.</b> Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.</p>	<p><b>Möbelmagazine</b> Hintze &amp; Stech, Möbel-Fabrik, Moisinger Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik. W. Pamperin, Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtungen, z. billigen Pr.</p>
<p><b>Bäckereien</b> Lübeck, L. Lehig 43. Dampf-B. u. Kondit. Fackeb. grube 17. H. Jargstorf, Warendorferstr. 36. R. Kasch, Fackeb. Allee 57a. W. Krahn, Fackeb. Allee 57a. Ad. Hinzemann, Schulstr. 23, Fackeb. Schwarz- u. Weißbröl. B. Plath, Schulstr. 3. W. Stefani, Travemünde.</p>	<p><b>Butter-, Käsehdign.</b> Ludw. Hartwig, Ob. Trave 3. D. Philipp, Fackeb. Allee 91. W. Rockstein, Hüstr. 23. J. Semrae, Hüstr.</p>	<p><b>Haus- u. Küchenger.</b> Joh. Baade, Lübeck, Fackebg. Allee 34a. Paul Reher, Tunkenhagen 5. E. Winkelmann Nachf., Eutin. Louis Rathmann, Schwartau.</p>	<p><b>Molkereiprodukte</b> Hansa-Meierei in der Ammen Lübecks allerersten von Milchprodukten aller Art</p>
<p><b>Beerd. u. Sarg-Mag.</b> Central-Beerdigungsanstalt A. Brodersen, Am Markt, Tel. 1020. L. Hübner, Poststr. 18, Särge in allen Preislagen. C. Thiessen &amp; Sohn, Wahmstr. 12. Übern. ganzer Beerd. Einsch. Leichen- u. Transportwagen. Lübeck, Schwartau, Allee 102. L. Hübner, Leiner, Särge. L. Hübner, Rensfeld, Gr. Lager in Hüstr., Holz- und Metallwaren.</p>	<p><b>Farben u. Lacke</b> J. Becker, Dornestr. 29. W. Hohenschild, Marist. 42. F. 736. Ferd. Kayser, Breitest. 81. Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.</p>	<p><b>Herren- u. Knab.-Gard.</b> Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a. Rudolph Karstadt, Eutin.</p>	<p><b>Schreibwaren</b> Aug. Burmeister, Lübeck. M. Maxein Wwe., Moising. Allee 48. Elsa Paulsen, Spez., Briefmarken.</p>
<p><b>Beschlagnastellen</b> H. Faasch, Gr. Gipsstraße 14. Hansa, Beckergube 51. L. Hübner, Warendorferstr. 21. Warendorferstr. 7.</p>	<p><b>Fleisch- u. Wurstw.</b> Hans Gerds, Elswigstr. 1a. Prima Fleisch- u. Wurstwaren Chr. Gipp, Moisinger Allee 4. Gottlieb, Königsstr. 104. Gothknecht, Beckergube 30. Carl Joost, Fackeb. T. 1450. C. Klein, Pfaffenstr. 14. F. Lenzke, An der Mauer 41a. F. Möck, Kupferschmiedestr. 68. Vilb. Palov, Fabrik mit elektr. Betr. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 53. Gust. Zach, Kottwitzstr. 32. L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstw.</p>	<p><b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9. Aug. Trost &amp; Sohn, Holstenstr. 24.</p>	<p><b>Schuhwaren</b> Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Aug. Rostock, Fünfhaus 5. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.</p>
<p><b>Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!</b></p>	<p><b>Seifen, Toilette-Art.</b> Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.</p>	<p><b>Kino-Salon</b> Biophon-Theater Breitest. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetes Vorführ. leber- der, singender, sprechender Photogr.</p>	<p><b>Stahl-, Eisenwaren</b> Franz Geuzner, Fackebg. All. 10b. F. Wichmann, Hüstr. 46. So- lumen, Linger Allee.</p>
<p><b>Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grundöfen</b> <b>Adolf Bergfeldt,</b> Fennstr. 672, Mühlenstr. 36 und 40.</p>	<p><b>Putz u. Modewaren</b> B. Döhrmann, Holstenstr. 18. Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 38.</p>	<p><b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9. Aug. Trost &amp; Sohn, Holstenstr. 24.</p>	<p><b>Tapeten, Linoleum</b> Carl Bouleke, Lübeck, Königsstr. Willy Westfahl, Holstenstr. 32. H. Nevermann, Schwartau.</p>
<p><b>Trikot-, Strumpfw.</b> E. Ehlert, Lübeck, Breitest. 15.</p>	<p><b>Uhren-Repar.-Werkst.</b> Amerikanische, Hüstr. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.</p>	<p><b>Optik u. Mechanik</b> Carl Volger, OptischesSpe- zial-Geschäft, 56 Breitest. 56.</p>	<p><b>Uhren, Goldwaren</b> August Büttner, Uhrmacher Hüstr. 32. Willy Westfahl, Holstenstr. 32. H. Nevermann, Schwartau.</p>
<p><b>Neue Stadttheater.</b> Mittwoch, 29. Nov. Abds. 8 Uhr. <b>Bei kleinen Preisen!</b> <b>Glaube und Heimat.</b> Schauspiel von Schönherr. Donnerstag, 30. Nov. 7 1/2 Uhr. <b>Gehöhte Preise!</b> Erstes Gastspiel der Kgl. Schwed. Kammerjägerin <b>Mme. Sigrid Arnoldson.</b> <b>Mignon.</b> Oper von Ambroise Thomas. Freitag, 1. Dezember. 7 1/2 Uhr. <b>Gawan.</b> Mysterium von Ed. Stucken.</p>	<p><b>Wine, Spirituosen</b> Fr. Geist, Lübeck, Hüstr. 8, T. 1935. Fischergrube Friedr. Otte, 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.</p>	<p><b>Photogr. Ateliers</b> O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Joh. Pingel, Johannistr. 15. Breitest. 39. <b>Samson &amp; Co.,</b> Fernspr. 1057.</p>	<p><b>Wine, Spirituosen</b> Fr. Geist, Lübeck, Hüstr. 8, T. 1935. Fischergrube Friedr. Otte, 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.</p>

## Sozialismus und Freiheit.

II.

In der sozialistischen Gesellschaft würde natürlich die Abstammung in keiner Weise für die Berufswahl maßgebend sein. Die Kosten jeder Berufsausbildung würden selbstverständlich von der Gesellschaft getragen werden. Deshalb würde für die Berufswahl vor allem die Begabung entscheiden. Natürlich vollständig frei könnte auch in einer sozialistischen Gesellschaft die Berufswahl nicht sein. Auf die Dauer kann man zu einem Beruf nicht mehr Leute zulassen, als man darin beschäftigen kann. Es würde einem jeden seine Existenz garantiert werden, wofür verlangt werden müßte, daß er, solange er arbeitsfähig ist, eine der Gesellschaft nützliche Arbeit leistet, und das wäre bei demjenigen nicht der Fall, der sich einer Tätigkeit widmete, die im Verhältnis zum vorhandenen Bedarf bereits von genügend Personen ausgeübt wird. Im allgemeinen dürften dann die Wünsche der Menschen in bezug auf die Art ihrer Tätigkeit im Einklang mit ihren Fähigkeiten stehen. Wer nicht über einen scharfen Verstand verfügt, wird in der Regel nicht den Wunsch haben, einen Beruf zu ergreifen, wo es in erster Reihe auf logisches Denken ankommt, schon weil ihm ein solcher Beruf zu viel Mühe machen würde. Andererseits hat der Mensch gewöhnlich das Verlangen, die in ihm liegenden Fähigkeiten nach Möglichkeit zu entfalten. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das allerdings häufig anders. Es bemühen sich viele Leute um Stellungen, denen sie durchaus nicht gewachsen sind. Das liegt daran, daß heute mit bestimmten Berufen ein viel höheres Einkommen und ein viel höheres soziales Ansehen verbunden ist als mit anderen. Sehr häufig bildet die Notwendigkeit, ein väterliches Geschäft zu übernehmen, die Veranlassung dazu, daß junge Leute einen Beruf ergreifen, der für sie gar nicht paßt und bei dem sie sich auch gar nicht wohl fühlen. Alles das würde in einer sozialistischen Gesellschaft keine Rolle mehr spielen. Aus diesen Gründen wird in der sozialistischen Gesellschaft der Beruf viel öfter mit den Wünschen der Menschen in Übereinstimmung gebracht werden können als in der kapitalistischen. Entscheidend nicht mehr der Zufall der Geburt, sondern Begabung und Neigung über die Art der Tätigkeit, die ein Mensch ausübt, so kann das Schulwesen ganz anders ausgestaltet werden als heute. Schon bei den Kindern werden die besonderen in ihnen liegenden Eigenschaften ausgebildet werden können. In den heutigen Klassenschulen werden Kinder mit den verschiedensten Anlagen nach einem Schema gedrillt, wobei nur allzuleicht ihre Individualität verkrüppelt, die Entwicklung ihrer Gaben behindert wird. Es wird in der sozialistischen Gesellschaft bei der Berufswahl für die große Masse der Bevölkerung viel mehr Freiheit herrschen als heute, und dazu kommt, daß infolge der Verkürzung der Arbeitszeit jeder imstande sein wird, neben seiner Berufstätigkeit mehr seinen Neigungen zu leben, als das in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Wie steht es nun aber heute mit der Freiheit derjenigen, die es zur Stellung eines Unternehmers gebracht haben? Wir wollen ganz von den Fällen absehen, in denen die wirtschaftliche Selbständigkeit nur eine scheinbare, wo ein Unternehmer im Grunde genommen nur Angestellter eines andern ist, angefangen von dem kleinen Ladenbesitzer, der nach der Pfeife seines Hauswirts zu

tanzen hat, bis zum Leiter eines Riesenbetriebes mit Tausenden von Arbeitern, der unter der Vormühsigkeit irgendeiner Großbank steht. Kann der Eigentümer einer Fabrik oder eines Handelsgeschäfts etwa schalten und walten wie es ihm beliebt? Ist er frei bei der Festsetzung der Höhe der Löhne, die er seinen Arbeitern zahlt, bei der Bestimmung der herzustellenden Waren, bei der Organisation seines Betriebes und der Bemessung der Verkaufspreise? Durchaus nicht. Überall treten ihm die Zwangsgesetze der Konkurrenz entgegen, die er beachten muß, will er nicht zugrunde gehen. Das ganze Getriebe unseres Wirtschaftslebens kommt zwar zustande durch rechtlich freie Handlungen der Individuen, es tritt aber dem einzelnen als eine Macht gegenüber, die ihm oft genau vorschreibt, was er zu tun und zu lassen hat, und die, wenn eine wirtschaftliche Krise durchs Land zieht, ihm Verderben und Elend bringt, ohne daß er dagegen etwas tun kann. Auch die großen Organisationen der Menschen, die wir heute haben, Staat und Gemeinde, können den Verlauf der wirtschaftlichen Vorgänge nur in sehr geringem Umfange beeinflussen. Sie sind nicht imstande, die Krisen zu verhüten, die verheerend von Zeit zu Zeit über die Völker hereinbrechen. Sowohl die einzelnen wie ihre Gemeinschaften stehen den wirtschaftlichen Ereignissen hilflos und ratlos gegenüber. Trotz der wirtschaftlichen Freiheit, die durch das moderne Recht vorgegeben ist, haben die Menschen die Herrschaft über das Wirtschaftsleben verloren. In der sozialistischen Gesellschaft wird die Produktion in den Händen gesellschaftlicher Organisationen liegen, die genau Umfang und Art der gesamten Produktion bestimmen und daher auch dem Bedarf anpassen können. Es wird vermieden werden können, daß Dinge produziert werden, die keine Verwendung finden können, wie das heute so häufig geschieht. Der einzelne Mensch wird allein zwar keinen entscheidenden Einfluß in wirtschaftlicher Beziehung ausüben können, aber er kann doch mitbestimmen als Glied einer demokratisch organisierten Gemeinschaft. Diese wenigstens wird mit fester Hand die Zügel des Wirtschaftslebens halten können, nach denen heute die Menschen vergeblich greifen. Auch hier steht man wieder, es spricht alles dafür, daß die sozialistische Gesellschaft der Menschheit nicht weniger, sondern mehr Freiheit bringen wird, als sie in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung findet.

Gelegentlich hat man versucht, es so hinzustellen, als ob in einer sozialistischen Gesellschaft die Freiheit der Menschen in der Gestaltung ihres Verbrauchs beschränkt werden würde. Die Bürger der sozialistischen Gesellschaft würden in großen Speiseanstalten abgefüttert werden, in ähnlicher Weise wie heute die Soldaten in der Kaserne oder die Gefangenen im Zuchthaus. Ein Wunder ist es ja nicht, daß der deutsche Spießer, der in einer vom Kasernendrill geschwängerten Luft aufgewachsen ist, sich auch die sozialistische Gesellschaft nicht anders denken kann als eine riesige Kaserne, wo der Wille der Menschen nach Möglichkeit unterdrückt wird. Es ist aber wahrhaftig nicht einzusehen, warum die in einer sozialistischen Gesellschaft Lebenden bei der Gestaltung ihres Verbrauchs weniger Freiheit haben sollten als diejenigen, die unter der Herrschaft des Kapitalismus ihr Dasein verbringen müssen. Die Vermutung ist durch nichts begründet, daß dem einzelnen sein Anteil am Ertrage der Produktion direkt in Verbrauchsgütern gegeben werden wird. Warum sollten nicht Anweisungen, ähnlich unserer heutigen Gelde, verteilt werden, die die Empfänger ganz

nach ihrem Belieben in Güter umsetzen könnten? Warum sollte in einer sozialistischen Gesellschaft verhindert werden, daß der eine seine Einnahmen in erster Reihe zu gutem Essen und Trinken, ein anderer sie aber mehr zum Ankauf von Büchern oder zum Besuch des Theaters verwendet? Die Prinzipien des Sozialismus geben auch nicht im geringsten einen Anhalt für die Annahme, daß eine Beschränkung der Freiheit der Konsumtion eintreten würde. In der kapitalistischen Gesellschaft haben tatsächlich die meisten Menschen bei der Gestaltung ihres Verbrauchs nur sehr wenig Freiheit. Verdienen sie doch eben nur gerade so viel, als sie brauchen, um sich das für sich und ihre Familie unbedingt Notwendige zu beschaffen. Sie haben also nicht viel zu wählen. In der sozialistischen Gesellschaft werden die der Menschheit zur Verfügung stehenden geistigen und materiellen Kräfte viel besser ausgenutzt werden können als jetzt. Der Tisch wird deshalb für jeden einzelnen reich gedeckt sein, er wird darauf nicht, wie heute so viele, nur das finden, was er unbedingt zum Leben braucht. Daher wird für die große Masse der Menschen eigentlich erst dann von einer wirklichen Freiheit des Verbrauchs die Rede sein können.

Und wie wird es um die Freiheit des Forschens und Denkens bestellt sein? Gewiß, gegen frühere finstere Zeiten hat die Menschheit in dieser Beziehung auch jetzt schon manchen Fortschritt gemacht. Aber noch immer versuchen die herrschenden Gewalten, und zwar ganz besonders in unserem lieben Vaterlande, dem Volke das Recht der freien Meinung zu verkümmern. Wie oft wird das Vereins- und Versammlungsrecht geschmätert! Welchen Schikane ist häufig die Presse ausgesetzt! Gerade jetzt ist man ja daran, ihr neue Krümel anzulegen.

Wohl fast alle Beschränkungen der Meinungsfreiheit, die wir heute noch kennen, sind zurückzuführen auf das Bestreben der herrschenden Klassen, die Verbreitung von Anschauungen zu hindern, durch die ihre Macht gefährdet werden könnte. Wie oft verhindert heute wirtschaftliche Abhängigkeit die freie politische oder religiöse Betätigung. Gibt es doch noch weite Gebiete in Deutschland, wo der Arbeiter nicht wagen darf, Anschauungen zu äußern, die seinem Arbeitgeber nicht genehm sind, wo noch der Satz gilt: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“. Da in einer sozialistischen Gesellschaft keine Klassenherrschaft mehr vorhanden wäre, alle Abhängigkeitsverhältnisse wegfielen, so würden auch die Hauptursachen der Beschränkung der geistigen Freiheit wegfallen.

Man sieht, die Proletarier haben nicht im geringsten Veranlassung, sich durch das immer und immer wieder geungene Lied vom sozialistischen Zuchthausstaat bange machen zu lassen. Die Herrschaften, die es singen, die tun dies wahrhaftig nicht, um ihre lieben Mitmenschen vor einem schlimmen Geschick zu bewahren, sie wollen den herrschenden Klassen die Freiheit erhalten, die Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken. Möge das Proletariat dafür sorgen, daß diese „Freiheit“ recht bald aus der Welt verschwindet und die Fesseln, die der Kapitalismus den Volksmassen angelegt hat, gesprengt werden.

## Eine Aktion der Kriegstreiber.

Unter der Stichmarke „Eine bedeutungsvolle Entscheidung im Reichstage“ veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Zuschrift:

## Seebären.

Erzählung von Gustaf Janson.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Rettung der Situation war mir vorbehalten. Ich stellte dem Kapitän vor, wie unritterlich es sei, an einem schwachen Weibe eine derartige Rache zu nehmen.

Das half. Der Kapitän stopfte die Harmonika unter den Arm, senkte den Kopf und antwortete:

„Richtig, mein Jung. Ich bin 'n Flog. Aber ich will's auch wieder gut machen.“ Ohne weitere Erklärung verschwand er hinter seiner Tür und erschien nach einer Weile in seiner besten Foppe und seinem feinsten Hut, womit er sich nur bei feierlichen Gelegenheiten schmückte. In diesem Staat begab er sich die Treppe hinauf, klingelte bei Weinhandlern, und wurde eingelassen, das heißt er schob das Dienstmädchen, das aufmachte, ganz einfach beiseite und trat hinein.

Jeder andere als Kapitän Strand hätte an seiner Stelle wohl eine gewisse Unschlüssigkeit gefühlt, aber er war aus anderm Stoff als gewöhnliche Menschen. Er glaubte eine Pflicht zu erfüllen, und mit seinen Pflichten martete er niemals. Er betrat ruhig das Wohnzimmer, wo er die fand, die er suchte.

„Gehorsamer Diener, Madamen!“ fing er unbesonnen an, und machte einen so energischen Krachfuß, daß sich der Käufer in einen Haufen zusammenzog. „Ja hab' mich vorhin wie 'n niederträchtiger Flog betragen, richtig wie 'n Laufsekel, aber nu bin ich hier und bitt' um Verzeihung und will Ihnen die Hand küssen. Und nu seien Sie man wieder gut, Madamen, es häit' noch viel schlimmer kommen können. Ich dacht' erst, ich wollt' die Trommel leihen — Sie wissen wohl, von dem Tischler seinem Sohn, der bei der Musik bei der Garde ist — und denn hätten Sie was zu hören gekriegt. Aber damit wird es nu nichts, denn ein Gentleman geniert keine Frauenleut', wie die auch beschaffen sind. Aber ich kam in die Rage, wie Sie Oskar ins Ohr kniffen, und hab' Sie öffentlich 'verdammtes Weibsbild' genannt. Aber nu hab' ich mit der Sache überlegt, und mir tut das leid, und nu bitt' ich um Verzeihung. Geben Sie Ihr Batschhändchen her, Madamen, und denn sind wir wieder gut Freund wie zu Anfang!“

Kapitän Strand konnte niemals begreifen, weshalb die Frau Weinhändler rückwärts auf das Sofa fiel und laut aufschrie, als er ihre Hand ergrieff und die Pfeife aus dem

Mund nahm, um, wie es einem Kavaller geziem, seine Lippen auf die Samthaut zu drücken.

„It 'ne schnurrige Gesellschaft da oben in der Stage,“ vertraute mir der Kapitän im Laufe desselben Abends. „Ich küßt' ihr die Hand, daß es man so seine Art hatt', und dacht', ich wollt' ihr noch einen geben, denn sie ist noch immer 'n schmuckes Frauenzimmer, wenn sie auch nicht an die Vierzig ist, alles was recht ist. Was ist denn los, Madamen, fragt' ich höflich und galant wie immer, und faßt' sie um den Leib und wollt' ihr wieder auf den richtigen Kiel helfen. Aber da kam ihr Mann und fragt' mich in voller Wut, was ich mit seiner Hälfte zu tun häit'? Gar nichts, sagt' ich wahrheitsgetreu — denn Ausflüchte und blauen Dunst vormachen ist nichts für mich —, ich bin bloß hier, um mich als Gentleman zu zeigen. Und trotzdem ich wahrhaftig nichts weiter getan hatte, gebärdete er sich rein unflug und schimpft und tobt und sagt zulezt, er wollt' mir die Jack' vollhauen. Na, denn man zu, antworte, ich, und krepel die Rockärmel in die Höh'. Wor 'ner ehrliehen Brüggel ist, Manne Strand sein Lebtag nicht bang gewesen. Aber da wurd' er mit eins ruhig und höflich und wollt' nichts mehr von Prügelein wissen. Schön, sagt' ich — denn sind wir nu ungefähr quitt. Denn wenn ich mich wie 'n Klimmel betragen hab' denn haben Sie das auch getan. Und nu ziehen wir 'nen biden Strich über die ganze Geschichte und fangen die Bekanntschaft wieder von vorn an. Na, wenn Sie nicht wollen, denn nicht. Gehorsamster Diener.“

Der Weinhändler kündigte seine Wohnung, und der Hauswirt hielt es für geboten, ein ernstes Wort mit dem Mieter im Parterre zu reden.

„In die Geschichte brauchen Sie Ihre Nas' nicht zu stecken,“ meinte der Kapitän. „Den Weinhändler will ich wohl allein besorgen. Das lassen Sie man gut sein.“

Nichts in der Welt konnte Kapitän Strand überzeugen, daß irgend einem Menschen aus seinem erst etwas überelken — das gab er zu —, aber späterhin um so mehr gentlemanliten — davon ließ er sich nicht abbringen — Auftreten ein Schaden erwachsen war.

„Komm' rein und trint' nen Grog mit uns!“ sagte der Kapitän eines Abends zu mir, und da ich nicht das geringste gegen einen derartigen Vorschlag einzuwenden hatte, ging ich mit ihm hinein.

„Uns“ war außer Kapitän Strand ein Herr, den er mir als seinen Neffen vorstellte — wir können ihn ja Brant nennen, da sein Name mit einem der ersten Buchstaben des Alphabets anfing —, Direktor einer neugegründeten Kom-

manditgesellschaft. Der Neffe, ein glattrasierter Mann von vierzig Jahren, mit einem Paar Augen im Kopf, die unftet hin- und herflackerten und an nichts haften blieben, saß kalt und reserviert in seiner Soface, nippte ab und zu an seinem Rum und schien sich im stillen über seinen Onkel lustig zu machen.

Ich hatte mich auf einen lebhaften Gedankenaustausch gefaßt gemacht, auf Anekdoten und lange Geschichten von Kapitän Strands Abenteuer in allen fünf Weltteilen, aber daraus wurde nichts. Direktor Brant saß eisig und unnahbar da und nahm nur an der Unterhaltung teil, wenn die Rede auf Geschäfte kam.

Der Kapitän war auch nicht wie sonst. Die reservierte Weise seines Verwandten berührte ihn offenbar unangenehm, und er rutschte unruhig auf seinem Stuhle hin und her.

„Komm', mein Jung, wir wollen Brüderschaft trinken!“ schlug mir schließlich der Kapitän vor, als einen letzten Ausweg, um die Stimmung zu erheben.

Ich stieß natürlich sofort mit ihm an, wobei mir mitgeteilt wurde, daß ich gefälligst kein so 'n Zudenmuster sein sollte, „der einen Onkel nennt“.

„Denn siehst Du, Manne Strand ist selbst sein Lebtag kein gewesen,“ so schloß er die kleine Rede, die er nach der Zeremonie des Brüderschaftstrinkens hielt und die offenbar nach seinem Dafürhalten als würdiger Abschluß dazu gehörte.

Soviel wußte ich bereits, daß Einwendungen den Kapitän nur in Born brachten. Ich ließ ihm also seinen Willen, leerte das Glas in einem Zuge und tauschte einen kräftigen Händedruck mit meinem neuen, mehr als sechzig Jahre alten Bruder.

Ausgezeichnetem Tabak und guter Rum war in überflut da, aber die Stimmung, die die Anwesenheit des Kapitän's sonst immer herbeiführte, blieb aus. Seine Flüche klangen matt und schwächlich, und seine Bewegungen waren weniger lebhaft als sonst, die Gegenwart seines Neffen legte ihm offenbar einen gewissen Zwang auf. Ich meinsten fand die tüble, gemessene Weise des Geschäftsmannes und die beinahe verlegende Heringschätzung gegen seinen Oheim, die er an den Tag legte, so abstoßend, daß ich mich in Schweigen hüllte.

„Zu unsern Geschäften“, sagte der Direktor im Kommandoton.

„Laß doch, damit hat's wohl nicht so 'ne Gille“, bat der Kapitän beinahe ängstlich.

Herr Brant legte seine schmale, weiße Hand hart auf die Tischplatte, und gab damit zu verstehen, daß er jetzt

Am selben Tage, da Grey seine Erklärungen abgibt, wird der Reichstag über eine koloniale Frage von großer Wichtigkeit zu entscheiden haben. den Fortbau der ostafrikanischen Zentralbahn. Die Vorlage ist spät an den Reichstag gelangt, so spät, daß eine gründliche Durchberatung wichtiger damit verknüpfter Fragen wie die der Eitenbahntarife, Steuerfragen kaum noch erfolgen kann. Wenn bis vor kurzem der Wunsch bestand, eine gründliche Erörterung dieser die Ostafrikaner sehr nahe angehenden Dinge zu sichern, so ist das zu verstehen. Angesichts des Ernstes der Gesamtsituation ist nun aber dringend zu wünschen, daß die wichtige Kolonialfrage einen möglichst geschlossenen und schnell entschlossenen Reichstag finde. England ist — das hat sich wieder gezeigt — erbitterter Feind jeder noch so bescheidenen Ausdehnung des Reiches, und schon wird verkündet, es wolle sich jeder Gebietsabtretung an der Küste von Spanisch-Guinea und der Insel Fernando-Po, sei es an Frankreich oder Deutschland, widersetzen. Wenn auch diese Dreistigkeit doch nicht glaublich erscheint, so bleibt schon die Meldung ein Symptom wenigstens für die Stimmung mancher Kreise in England. Angesichts dieser Lage ist es erforderlich, dem Auslande, namentlich England, zu zeigen, daß Deutschland keine berechtigten Interessen in Afrika mit aller Entschiedenheit wahrnehmen will. Wir brauchen eine Aktion von praktischer Bedeutung, und so möge der Reichstag die genügend geklärt Zentralbahnvorlage der Regierung ohne lange Debatte annehmen."

Also nicht genug damit, daß der Fortbau einer kostspieligen Kolonialbahn, deren wirtschaftliche Notwendigkeit in keiner Weise erwiesen ist, ohne jede gründlichere Durchberatung bewilligt werden soll, — unsere Welterwartungen und Kriegstreiber beabsichtigen diese Handlung parlamentarischer Gewissenlosigkeit und Niederlichkeit zugleich zu einer Aktion zu stampeln, deren Spitze ostentativ gegen England gerichtet sein soll! Dem Reichstag wird also eine Frivolität sondergleichen zugemutet.

Es ist gut, daß unsere Kriegstreiber ihre Karten so sorglos aufgedeckt haben. Man will eine Hurrastimmung erzeugen, um ein mehr als zweifelhaftes Bahnprojekt durchzudrücken, und man will die Durchscheidung dieses Projektes, um der Kriegshege neuen Jähstoff zuzuführen!

Daß keinerlei wirtschaftliche Notwendigkeiten für diese, wie für unsere kolonialen Bahnbauvorhaben überhaupt vorliegen, erhellt schon aus folgender Darstellung einer offiziellen gewissten Korrespondenz:

„Die Erträgnisse der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen sind für das Berichtsjahr, d. h. vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911, dank den Einnahmen aus den zu bewältigenden umfangreichen Bahnfrachten infolge der Bantätigkeit auf den anstehenden Neubaulinien außerordentlich günstig gewesen. Nur in Logo hat sich infolge der schlechten Maisernte, außerdem auch infolge der anhaltenden Verkehrshörungen und Unterbrechungen in den Monaten Juli bis September 1910, die eine Folge der starken Volkenbrüche und der hierdurch verursachten Beschädigungen der Bahnanlagen waren, im Berichtsjahr ein nicht unbeträchtlicher Rückgang der Einnahmen und des Überschusses gegen das Vorjahr ergeben.“

Also eine gewisse Rentabilität unserer Kolonialbahnen ist nur deshalb zu verzeichnen gewesen, weil die Bahnstrecken verlängert wurden und das Baumaterial dafür zu beschaffen war! Wenn keine Neubauten mehr vorgenommen würden, gäbe es keine Frachten mehr für unsere Kolonialbahnen!

Wir hoffen, daß auch die bürgerlichen Parteien nunmehr eine gründliche Durchberatung der Forderung für den Fortbau der ostafrikanischen Zentralbahn für not-

wendig erachtet werden. Da aber der alte Reichstag dazu keine Zeit mehr bietet, wird man die Entscheidung pflichtgemäß dem neuen Reichstag überlassen müssen!

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 27. November 1911.

210. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesratsitz: Wermuth, Solff.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Entwurfs über

### Ostafrikanische Eisenbahnbauten.

Die nur einen Paragraphen enthaltende Vorlage ermächtigt den Kanzler, die für die Usambara-Bahn und den Hafen in Tanga bereitgestellten Mittel auch zu Ergänzungsbau- und Neubauten auf der Stammstrecke Tanga-Mombo, zu einem Darlehen an die ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Verlängerung der Eisenbahn Dar-es-Salam-Mrogoro bis an den Tanganjika-See, sowie zu Ergänzungsbau- und Umbauten an der Strecke Dar-es-Salam und Mrogoro zu verwenden.

Stellvertretender Staatssekretär Dr. Solff begründet die Vorlage. Die Vorlage ist ein Baustein zu dem Gebäude, zu dem mit Zustimmung des Reichstages im Jahre 1908 der Grundstein gelegt worden ist. Die Vorlage soll ermöglichen, daß unsere Bahn früher als die Bahnbauten der belgischen Kongokolonie den Tanganjika-See erreichen. Kommt die Kongokolonie uns zuvor, so würde ein großer Teil des Handels vom Atlantischen Ozean abgeleitet. Der Betrag von 1800000 Mark für den Umbau der Usambara-Bahn ist bei den etatsmäßig bereitgestellten Mitteln verfügbar, da Ersparnisse in dieser Höhe erzielt worden sind.

Erzberger (Z.) beantragt Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Es würde gefährliche Folgen haben, wenn der Reichstag in solcher Form Nachtragsetats bewilligen wollte. In Wirklichkeit werden hier 52 Millionen Mark gefordert, denn man wird nachher neue Gelder fordern für die nicht vollendeten Strecken. Die starke Abweisung von den Vätern zeigt, daß die

### Vorarbeiten ganz ungenügend

waren. Man legt dem Reichstag manchmal ungenügendes Material über Kolonialbahnen vor, wie das wichtige Gutachten einer anerkannten kolonialen Autorität über die Wertlosigkeit der Ostbahn beweist, das Kollege Südekum im „Blut“ veröffentlicht hat. Wäre das Dokument früher bekannt gewesen, so hätte der Reichstag trotz Dernburgs Verweigerung die Ostbahnvorlage nicht angenommen. Wir müssen uns daher vor Hurrastimmung hüten. — Wichtig ist der Zwiepsalt zwischen dem Kommandanten der Schutztruppe und dem Gouverneur in Ostafrika. Der Kommandant sollte aber unbedingt den Verfügungen des Gouverneurs folgen. — Aber die voraussichtliche Rentabilität der Bahnen gestattet uns die Denkschrift gar kein Urteil. Wir sind im allgemeinen für die Weiterführung nach dem Tanganjika-See, müssen aber noch nähere finanzielle Aufklärungen erhalten. (Bravo! im Ztr.)

Staatssekretär Wermuth: Von Anfang an war die Fortsetzung bis zum Tanganjika-See geplant. Sie lag auch in der Absicht des Reichstages. Das einzig Neue und Unerwartete ist eigentlich nur, daß man mit der Strecke bis Tabora verhältnismäßig früh fertig geworden ist. Das ist aber doch nur zu begrüßen. Es handelt sich um eine verbundene Anlage, und darum ist die Beschaffung der Mittel auf dem Wege der Anleihe zulässig, wenn sich vielleicht auch nicht die Aufwendungen gleich verzinsen werden.

Stellvertretender Staatssekretär Dr. Solff polemisiert gegen Erzberger und nimmt die Firma Holzmann in Frankfurt a. M. in Schutz, auf die er die Ausführungen Erzbergers über ungenügende Vorarbeiten bezieht, obwohl Erzberger keinen Namen genannt hat.

Dr. Wagner-Sohlen (K.): Wir befinden uns keineswegs in Hurrastimmung, aber der Vorlage stimmen wir zu, weil der Bahnbau ein wesentliches Mittel ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes.

Rothe (SD.): Daß die Vorlage einmal kommen würde, stand ja lange fest, weil man die Bahn nicht mitten im Lande stehen lassen kann. Sie ist aber bedeutend früher gekommen, als in Aussicht genommen war. Wir schließen

Sobald sich die Tür hinter dem Weggehenden geschlossen, rief der Kapitän ein „Suchheil!“ der Erleichterung aus und leerte sein Glas bis auf die Reize. Darauf fing er eilig an, als ob er jeder Frage meinerseits zuvorkommen wollte:

„Ist ein eigen Kraut, aber ein verdammt tüchtiger Geschäftsmann. Kamohl“, fügte er hinzu, obgleich ich keine Erwähnung gemacht hatte — er ist wirklich verteuftelt geschickt. Alle meine Maneten sind in seiner Hand oder Gesellschaft oder wie die Geidicht' nu heißen mag, untergebracht. Als ich im Herbst hierher ziehen wollt' meint' er, ich könnt' meine paar Kröten man bei ihm einlegen, und dafür gibt er seine acht bis zehn Prozent. Das läßt sich hören, nicht wahr? zehn Prozent auf vierzigtausend, damit braucht einer nicht Not zu leiden. Hier — er schlug fröhlich auf seine Tasche — hab' ich's erste Quartal. Stopf Dir 'ne Pfeife und mach' Dir 'nen heißen Grog!“

Ich hatte eine dunkle Ahnung, daß der Glaube des Kapitän an seinen Neffen unberechtigt war, aber ich konnte mich doch nicht gut darüber äußern. Indessen, wenn die 40000 des Kapitän mir gehörten, hätte ich sie nicht in der neugebildeten und vollständig unbekanntem Kommanditgesellschaft des hochnasigen Direktors plaziert.

„Hier, nimm diese Pfeife! Das Holz ist allerdings altholz, aber wenn einer nicht daran laßt, ist es nicht gefährlich. Ich selbst hab' sie Gott weiß wie oft geraucht, und es hat mir nichts getan.“

Ich verzichtete auf die giftige Pfeife und hielt mich an eine, die weniger schön, aber auch weniger gefährlich war.

Wir rauchten, tranken unsern Grog aus und nach einer Weile nahm ich Abschied. Kapitän Strand war nicht wie sonst an diesem Abend.

„Komm heut' abend 'n bißchen unter. Klotz Sieden! Fors' ist in Stockholm.“

Kapitän Strand hatte mich im Vorübergehen harpuniert und drückte mich gegen die Klotzwand, so daß ich bei meinen vergeblichen Befreiungsversuchen freibeweiß auf dem Rücken wurde. „Bloß wir drei, Fors' mag nicht, wenn so viel kommen. Du, hu, hu, heut' abend kriegt Du späßige Geschichten zu hören.“

Zur festgelegten Stunde trat ich bei meinem alten Freund ein und fand hier außer dem Wirt einen bärtigen Krieger, der auf dem Sofa thronete. Die Vorstellung ging ohne alle Weislaufigkeiten vonstatten.

„Dies ist Fors', der die „Zukunft“ fährt.“ Ich verzichtete mich höflich und der Kriese nickte gemessen zur Antwort (Fortsetzung folgt.)

uns dem Vorschlag an, die Vorlage in einer Kommission prüfen. Die an sich nicht unerfreuliche Feststellung von Sparnissen bei dem bisherigen Bau beweist, wie mangelhaft der Voranschlag gewesen ist. Ohne Eisenbahnen für Afrika natürlich nicht der Kultur erschlossen werden, aber der Teil der Presse, der sich ganz besonders für diesen Bahnbau ins Zeug gelegt hat, hat ganz unnötige

geradezu gemeingefährliche chauvinistische Argumente ins Feld geführt; es scheint, daß ohne hurrastimulierten Lamtam in Deutschland überhaupt nichts mehr gemacht werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Vorlage oh Debatte als eine Demonstration gegen England anzunehmen wie die „Deutsche Tageszeitung“ will, wäre ganz verfehlt. Zu solchen

### hurrastimulierten Kundgebungen

bietet die rein wirtschaftspolitische Maßnahme des Bahnbau absolut keinen Anlaß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei den Bahnbauten in den Schutzgebieten muß vor allem auch dafür gesorgt werden, daß es einigermaßen menschenwürdig ist. Wir ist derartig entsetzliches Material zugegangen, daß ich es ohne die amtlichen Unterlagen nicht glauben würde. Die Vorschriften für die Behandlung der Arbeiter stehen nur auf dem Papier: die Sterblichkeit unter den Bahnarbeitern in Kamerun beträgt 20 Proz. (Hört, hört! bei den Soz.) und die Krankheitsziffer ist außerordentlich groß. Die zur Arbeit herangetriebenen Farbigen werden tatsächlich

### wie Hunde behandelt,

sie bekommen im amtlichen Verkehr keinen Namen, sondern eine Blombe mit einer Art Hundemarke um den Hals gelegt (Hört, hört! bei den Soz.), auf der die Nummer bezeichnet ist, die sie führen. Die

### allergrößtlichen Mißhandlungen

sind an der Tagesordnung. Von den Revisionen ist die ausführende Gesellschaft vorher unterrichtet, und den verdächtigenden Beamten werden Potemtsinische Dörfer gezeigt. Die Beihilfen in den Lazaretten haben einen schwindelhaften Handel mit den Körpern der schwarzen Arbeiter getrieben, die sie dort den Veritorbenen abschritten. Bei der Behandlung der farbigen Arbeiter muß man sich wundern, daß man emn Aufwand die unmittebbare Folge gewesen ist. Ein Schandmeister hat einen farbigen Arbeiter buchstäblich totgetreten (Hört, hört! b. d. Soz.), wofür er nur zu der niedrigen Strafe von zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Gegen derartige Schändlichkeiten muß schnell als möglich eingeschritten werden. Wir haben keine Garantie, daß

### diese Schandwirtschaft,

die in Kamerun mehrere Jahre dauern konnte, sich nicht bei den Bahnbauten wiederholt, die uns jetzt beschäftigen, und wir werden es uns sehr gründlich überlegen, ob wir Bewilligungen können für Bauten, bei denen sich Vorgänge ereignen, die geradezu eine Schande für das Deutsche Reich sind. (Vehh. Weif. b. d. Soz.)

Giehoff (Fortshr. Vrt.): Daß die Bahn von Tabora bis zum Tanganjika-See fortgeführt werden muß, ist ein wirtschaftliches und aus finanziellen Gründen nötig. Mein Freunde stimmen deshalb der Vorlage zu, doch wünscht auch wir in der Kommission noch Aufklärung über einige Einzelheiten. (Bravo! b. d. Vnt.)

Stellvert. Staatssekretär Dr. Solff: Dem Gouverneur sind nur zwei Fälle von Mißhandlungen von Arbeitern durch Beamte der Bauausführenden Firma bekannt geworden; in beiden Fällen ist Bestrafung eingetreten. Wir würden Herrn Rothe dankbar sein, wenn er uns sein Material unterbreite.

Dr. Arning (Nat.) spricht sich für die Vorlage aus.

v. Liebert (Rpt.): Endlich einmal wieder eine großzügige afrikanische Vorlage! Wir müssen brechen mit dem unwirtschaftlichen System der zwecklosen Eisenbahnen.

Erzberger (Ztr.) hält gegenüber dem Staatssekretär Solff seine Ausführungen aufrecht.

Damit schließt die Debatte und die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es beginnt die

### zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes.

Dr. Kolbe (Vp.) äußert Bedenken gegen die Herauslösung der Werkstätten, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird, aus dem Gesetze und tritt im übrigen für die Kommissionsbeschlüsse ein, um deren Annahme er die Regierung bittet.

Schmidt-Berlin (SD): Der Abschluß der Kommissionsverhandlungen bedeutet eine

### schwere Enttäuschung der Heimarbeiter.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Nur die Sozialdemokratie hat Anträge, die wirklich im Interesse der Heimarbeiter liegen gestellt. Der Gesetzentwurf läßt erhebliche Wünsche der Heimarbeiter unerfüllt. Er verlangt von ihnen die Erfüllung gewisser sanitärer Vorschriften, geht aber an die wichtige Frage, die Lohnfrage, nicht heran. Und doch ist die Voraussetzung für eine Regelung der Heimarbeit die Regelung der Lohnfrage. Aus einer großen Reihe von Tarifverträgen geht hervor, daß solche Tarife auch in den schwierigsten Situationen die Lohnfrage regeln können. Das zeigt sich auch in der Konfektionsindustrie. In der Damenkonfektion ist die Verständigung zwischen Meister mit den Arbeitern an

### schroffen Ablehnung der Fabrikanten

gescheitert. Von großer Wichtigkeit ist die Aushängung der Tarife. Die deutsche Gesetzgebung sollte hier der englischen folgen, die diese Aushängung vorschreibt. Neuerdings hat man sich sehr bemüht, das Glend in der Heimarbeit auf der Welt zu behaupten. Namentlich hat sich ein Vertreter der Sächsischen Regierung in dieser Richtung bemüht. Wobey kommt der sächsischen Regierung diese Kenntnis? Wir haben bei der Heimarbeiterausstellung die Mitteilung über die Arbeitslöhne im Sächsischen Erzgebirge der Sächsischen Regierung zur Nachprüfung zur Verfügung gestellt. Die sächsische Regierung, die die Berliner Heimarbeiterausstellung als tendenziös bezeichnet hatte, ließ die Nachprüfung des Materials ohne Zuziehung und Befragung der Arbeiter vornehmen, obgleich die Organisation der Holzarbeiter bereit ist, bei der Nachprüfung behilflich zu sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf unser Angebot hat die sächsische Regierung garnicht geantwortet. Dagegen sagte ihr Vertreter in der Kommission, mit den Verhältnissen der Heimarbeit im Erzgebirge sei es nicht so schlimm, vom Verhungern oder nur von chronischer Unterernährung könne nicht die Rede sein. So wird in amtlichen Berichten ausgeführt während in denselben amtlichen Berichten Wochenlöhne erwachsener Personen von 6 Mark und Familienlöhne von 25 Mark für vier Personen berichtet werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Zeugnis muß sich einem anflammentrampfen, wenn man die Löhne in Vergleich stellt zu den Kosten der Lebenshaltung. Nach solchem amtlichen Material verstehe ich es, daß die sächsische Regierung sich mit Händen und Füßen dagegen sträubt, daß dieses Glendssbild auf der Dresden

unbedingt von seinen Geschäften und von nichts anderem reden wollte.

„Na, denn man zu“, seufzte der Kapitän, „aber mach' rasch, daß wir bald damit durch sind.“

Als die beiden mit ihren eigenen Angelegenheiten anfangen, verließ ich das Zimmer, um Bruder Strands Sammlungen, von denen ich schon oft hatte reden hören, in Augenschein zu nehmen.

Daß der Kapitän kein pedantischer Ordnungsmensch war, merkte man sofort. Das swärlische Mobiliar der drei Zimmer stand überall da herum, wo Möbel sonst nicht zu stehen pflegen.

Hier und da hatte der Besizer wohl einen planlosen Verluh gemacht, die Wände mit einer Gruppe malaiischer Waffen oder einer Menge getrockneter Seeherne und sorgfältig konservierter Fische zu dekorieren, aber er war der Sache bald müde geworden und hatte sich von den toten Dingen wieder den vergnüglichen lebendigen zugewandt, die auf der Estrade vorüberzogen.

Eine Menge Kröten, von der einfachen ungehobelten des jungen Leichmarzellen G. Strand, bis zu dem mit blanken Messingbeschlägen verzierten Mahagoni-Koffer des Dampf-schiffsbefehlshabers standen an den Wänden, neben- und aufeinander. Einige waren ordentlich zugeschlossen, aber die meisten standen mit offenen Deckeln und zeigten den verächtlichsten Inhalt, von einem echten chinesischen Seriez bis herab zum billigsten Schund europäischer Industrie. Ich glaube fast, daß jedes größere Land vertreten war, einige wenige gut, aber die meiste größere Anzahl schlecht. Kapitän Strand hatte ohne Unterscheidung und Nachgedanken gekauft; bisweilen war er einer kindlichen Laune gefolgt, bisweilen einer wirklich genialen Eingebung. Kunstwerke und Fabrikat — doch mehr von jenen als von diesen — lagen bunt durcheinander, hier in Zeitungspapier, dort in einem Leinwandmal gewickelt.

„Begib Dich wieder unter Menschen!“ rief Kapitän Strand laut Strands aus dem Neben-zimmer, und ich trat gerade hinaus, als er nachlässig einen Hund Banksierme in die Tür der hinteren Höhle schickte, während der Kriese ruhig ein Quinzo zu manfachte, auf das der Kapitän seinen Namen mit einer ungenügenden Bleibeber getrigelt — Unte gab es natürlich nicht in seiner Behausung.

Dann hatte der Besuch des reichen Direktors für diesmal ein Ende. Er erhob sich, klopfte dem Onkel herab-lachend auf die Schulter und reichte mir die äußerste Spitze eines Hingors — ich sah nicht von welchem; denn er zog die Hand zurück, sobald ich Anhalten machte, sie zu fassen — und entfernte sich leise, würdig und unnahbar.

kleinere Auslieferung vorgeführt wird. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die sächsische Regierung ist Tendenz zugunsten der Unternehmer. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Frankfurter Heimarbeiterausstellung wird von der sächsischen Regierung als objektiv der Berliner gegenübergestellt. Aber auch diese Ausstellung zeigt das gleiche Bild des Glücks in vielen Heimarbeitersäulen. Die Weber am Vogelsberg bekommen bei 15- und 18-stündiger Arbeitszeit nur einen Tageslohn von 1,11 Mk.; übertroffen wird ihre Armut noch von der der Weber in der Rhön, wo bei 15-stündiger Arbeitszeit der durchschnittliche Wochenlohn 3,50 Mk. beträgt. (Hört, hört! b. d. Soz.) und bis auf 2,50 Mk. heruntergeht. Von diesen Zuständen sagt ein Pfarrer, sie seien ein

### Segen des Himmels,

henn die lange Arbeitszeit bewahre die Arbeiter vor dem Besuch von Wirtshäusern und behüte sie vor schlechten Wegen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Angesichts der traurigen Zustände in der Heimindustrie wird sie durch unsere Gesetzgebung noch vermehrt; so werden die Tabakfabrikanten durch den Tabakzoll dazu gedrängt, die Fabrikation aufs Land zu verlegen und zur Heimarbeit überzugeben. In Berlin haben wir den großen Mangel der Heimarbeiter gemeinsam mit den Zwischenhändlern; trotzdem ist es ihnen nicht möglich, den Widerstand der Unternehmer zu brechen, wenn nicht auch die Gesetzgebung den Arbeitern das Rückgrat fleist gegenüber einer so mächtigen Unternehmergruppe. Am 1. November sagte Brentano im Hinblick auf die englische Gesetzgebung: „Das Gesetz vom Jahre 1909 ist ein riesiger sozialpolitischer Verdienst der liberalen Partei in England. Hoffentlich lassen sich auch die Vertreter der liberalen Partei im Deutschen Reichstag die Gelegenheit nicht entgehen, die gleichen politischen Vorbeeren zu erwerben, wie ihre englischen Gesinnungsgenossen.“ Nach dem bisherigen Verhalten der Liberalen in dieser Frage habe ich nicht den Eindruck, als ob sie Neigung haben, diese Vorbeeren ihrer englischen Freunde zu erwerben. Ich bedauere das in hohem Maße. Auch die Hirsch-Duncker'schen Arbeiter bezeichnen die Anträge der Liberalen zum Hausarbeitsgesetz; sie sagen mit Rücksicht auf das Verhalten aller anderer Parteien: die Sozialdemokratie hat ein Schweineglick! Ich würde auf das Schweineglick in diesem Falle gern verzichten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir mit Ihrer Unterstützung wirklich bessere Verhältnisse für die Heimarbeiter schaffen könnten. Dr. Ruadan sprach einmal von der

### papierenen Sozialpolitik des Zentrums.

Jetzt haben Sie sich davon einwickeln lassen. Wir erheben noch einmal die mahnende Stimme, den Bedrängten und Ausgebeuteten wirkliche Hilfe und wirklichen Schutz zu bringen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Dr. Kleischer (Z.): Die vom Abg. Schmidt mitgeteilten Tatsachen erschüttern uns ebenso, wie die Herren von der Sozialdemokratie. (Na, na! bei den Soz.) Aber die Regierungsvorlage bedeutet doch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, und die sozialdemokratischen Anträge würden, wenn sie überhaupt durchführbar wären, nicht die Lage der Heimarbeiter verbessern, sondern lediglich dazu führen, viele Heimarbeiter brotlos zu machen. Wir protestieren gegen die Behauptung, daß wir kein Herz für die Heimarbeiter haben. (Bravo! im Zentrum.)

Naumann (FVp.): Es handelt sich nicht um das Quantum von Herz, sondern um positive Leistungen. Im großen und ganzen ist das Gesetz gleichgültig, es bringt weder Verschlechterungen noch wesentliche Verbesserungen. Das Gesetz bietet

### weiße Salbe

(Lebhafte Hört, hört! bei den Soz.) Die Heimindustrie lebt von der Unterbietung der Maschine. Hilfe bringen können nur einmal die Elektrizitätswerke und zum andern Lohnämter. Warum tritt das Zentrum nicht für die Lohnämter ein? (Zuruf beim Zentrum: Widerspruch der Regierung!) Trete das Zentrum doch für die Lohnämter ein, dann wollen wir sehen, ob die Regierung das Gesetz daran scheitern lassen wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Sachauschüsse können in keiner Weise die Lohnämter ersetzen. (Lebh. Beifall links.)

Schmidt (SD.): Dem Abgeordneten Dr. Kleischer gegenüber stelle ich fest, daß die Forderungen des Heimarbeiterskongresses über die Beschlüsse der Kommission hinausgingen. Die Kommissionsbeschlüsse in bezug auf Registrepflicht, Abrechnungsbücher, Aushang von Lohnlisten erfüllen nicht die Wünsche des Heimarbeiterskongresses in vollem Umfange. Der Kongress hat auch Entschädigung für unverschuldete Zeitverluste beimholen und Bringen von Arbeit gefordert, ferner die Lohnämter und die Invalidenversicherung. Diese Forderungen sind nicht von den bürgerlichen Parteien, sondern nur von der Sozialdemokratie in ihren Anträgen aufgenommen worden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Behrens (Wg.): Viel besser als die schönen Erklärungen des Abg. Naumann hätte es uns gefallen, wenn er uns die Stimmen seiner Freunde für unsere weitergehenden Wünsche auf den Tisch des Hauses gelegt hätte. Draußen im Lande werden viele Hoffnungen auf die Vorlage gesetzt, die auch in ihrer jetzigen Form einen großen Fortschritt darstellt. Die Vorwürfe des Abg. Schmidt gegen die bürgerlichen Parteien muß auch ich zurückweisen. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die Kommission schließlich die Lohnämter abgelehnt hat. Aber die Sachauschüsse, die jedenfalls vor den Lohnämtern den Vorzug haben, daß sie eine Mehrheit in der Kommission fanden, werden wir uns morgen näher unterhalten können. Wir wollen für die Heimarbeiter erreichen, was sich erreichen läßt. (Bravo! rechts.)

Hiermit schließt die Diskussion.

§ 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenfalls § 2. Hierauf wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung Dienstag, 12 Uhr. (Rest der zweiten Lesung der Schiffahrtsgesetze, Fortsetzung der zweiten Lesung des Hausarbeitsgesetzes. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.)

## Aus der Partei.

**Zum 70. Geburtstag Wilhelm Pfannkuchs.** Wilhelm Pfannkuch vollendet am 28. November sein 70. Lebensjahr. Er gehört zu den ganz Alten in der Partei. Schon in seinen jungen Jahren, als er als Tischlergehilfe die Welt durchwanderte, nahm er die Ideen Lassalles in sich auf und war bald so tätig, daß ihm, nach Kassel, seinem Geburtsort, zurückgekehrt, die Führung der Gleichgesinnten zufiel. Mit 26 Jahren erschien er schon auf dem ersten deutschen Gewerkschaftskongress in Berlin als Delegierter der Kasseler Gewerkschaften. Pfannkuch hing der Partei mit ganzer Seele an. Aus der Lassalleschen Organisation hervorgegangen, tritt er die ersten Jahre in dieser, um nach der Vereinigung auch seine ganze Kraft der geeinten Partei zur Verfügung zu stellen. Daß sich damit eine abhängige Stellung als Tischlergehilfe, noch dazu in einer königlichen Eisenbahnwerkstätte, schwer

vereinbaren läßt, ist selbstverständlich. So wurde er denn auch im Jahre 1877 gemahregelt und in ein wechselvolles Leben als Redakteur, Expedient, Zigarrenhändler usw. geworfen. Der Kampf ums Dasein konnte Pfannkuch nicht müde machen; tapfer und unerschrocken bot er allen Stürmen Trost. Im Jahre 1884 wurde er als Sekretär in den Parteivorstand nach Berlin gerufen; von Parteitag zu Parteitag wurde er unbestritten wieder auf diesen Posten gewählt. — Parlamentarisch war Pfannkuch im Reichstage tätig von 1884 bis 1887 als Vertreter des 6. Berliner Wahlkreises, von 1898 bis 1906 als Vertreter Magdeburgs. Auch dem Stadtverordnetenkollegium zu Berlin gehört er seit 12 Jahren an. Der 12. Januar dürfte ihm sicher das Mandat des 3. Berliner Reichstagswahlkreises bringen und so wartet der 70-jährige noch eine reiche Arbeit, ihm, der schon auf eine 45-jährige eifrige und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Partei zurückblickt. Mag er der Partei noch recht lange erhalten bleiben als alter Mitstreiter und Vorbild für die jüngere Generation.

**Selbstmord des Genossen Lafargue und seiner Frau.** Aus Paris kommt die Trauerkunde, der frühere Deputierte Genosse Paul Lafargue habe sich am 26. November auf seinem Landgut in Draveil vergiftet. Im Nebenzimmer fand man seine Frau, Laura Lafargue, eine im Jahre 1844 geborene Tochter Karl Marx'. Paul Lafargue stand im 69. Lebensjahre. Er war Mitarbeiter und Verwaltungsrat der „Humanité“. In einem Briefe an die Redaktion des Blattes hat Lafargue die Motive, die ihn und seine Gattin zum Selbstmord getrieben haben, ausführlich angegeben. „Gesund an Leib und Seele“, so schreibt er, „gab ich mir den Tod, bevor das unerbittliche Greisenalter einen Teil des Vergnügens und der Freude des Daseins nimmt und mich der physischen und geistigen Kraft beraubt, meine Energie lähmt, meine Sinne bricht und mich zur Last für mich selbst und die anderen macht. Seit Jahren habe ich mir das Versprechen gegeben, das 70. Lebensjahr nicht zu überschreiten. Ich habe die Jahreszeit für meinen Abschied aus dem Leben längst bestimmt und die Ausföhrung meines Entschlusses vorbereitet, nämlich eine Einprägung von Zyanalkali. Ich sterbe mit der höchsten Freude, die mir die Gewißheit bereitet, daß die Sache, der ich 45 Jahre meines Lebens gewidmet habe, in nicht allzuferner Zukunft triumphieren wird. Es lebe der Kommunismus, es lebe der internationale Sozialismus!“

## Gewerkschaftsbewegung.

**Zum Streik in der Berliner Damen-Konfektion.** Nach den Angaben der Unternehmerorganisation sind etwa 2000 Schneidermeister an der Bewegung beteiligt. Die Unternehmer lehnen jedes Ansinnen der Arbeiter, sich in Tarifverhandlungen einzulassen, strikte ab. Sie haben am Sonnabend an die Kommission der Streikenden ein Schreiben gelangen lassen, in dem sie sich bereit erklären, eine Aufbesserung der Löhne in bindender Form vorzunehmen, wenn die Arbeiter die Garantie übernehmen, daß auch den Heimarbeitern diese Aufbesserung zugute kommt. Den Abschluß eines Tarifs aber halten sie für unmöglich. Wenn die Arbeiter mit anderen Vorschlägen kämen, so seien auch sie bereit, ihre Vorschläge der Kommission zu unterbreiten.

Die Berliner Metallindustriellen haben nunmehr in ihren Betrieben durch den Anschlag von Blakaten bekannt gegeben, daß am Freitag, dem 1. Dezember 60 Prozent der Arbeiter ausgepeperrt würden.

**Das Koalitionsrecht der im Reichsdienst beschäftigten technischen Angestellten.** Interessante Folgeerscheinungen zeitigt der Streik der in den Intendantur und Marinebauämtern beschäftigten Techniker, von den wir bereits im Sommer berichtet hatten. Wie erinnerlich, waren die Differenzen deswegen ausgebrochen, weil das Reichsmarineamt seinen Technikern einen durchaus unsozialen Dienstvertrag auferlegen wollte, dann aber auch, weil gegen den Willen des Reichstages der Staatssekretär bei den Verhandlungen mit den Technikern die Vermittlung des Deutschen Technikerverbandes abgelehnt hatte. Jetzt erfahren wir, daß in den letzten Monaten auch andere Reichsämter ihre bisherige Haltung gegenüber den Organisationsvorstellungen der technischen Angestellten geändert haben. So lehnten kürzlich das Kriegsministerium und die Reichseisenbahnverwaltung es ab, mit dem Deutschen Techniker-Verband über die Angelegenheiten der in diesen Reichsbetrieben beschäftigten technischen Angestellten zu verhandeln. Aus dieser veränderten Stellungnahme scheint man mit Recht auf ein allgemeines Vorgehen der Reichsbehörden gegen die Organisationen der Techniker schließen zu dürfen, eine Vermutung, die durchaus in Übereinstimmung steht mit dem Verbot, das in den letzten Tagen gegen die Reichsunterbeamten erging und diesen den Besuch öffentlicher Protestversammlungen unmöglich machen wollte. Der Deutsche Techniker-Verband und der Bund der technisch-industriellen Beamten haben gemeinsam eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie die Volksvertretung auffordern, ihrem eigenen Beschluß vom 16. Februar, der die Einwirkung von Beamtenausschüssen, Sicherung des Koalitionsrechts und Anerkennung der Organisationsvorstellungen der in den Betrieben der Kaiserlichen Marine beschäftigten technischen Angestellten betraf, Geltung zu verschaffen. Es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag Zeit finden wird, diese Materie noch einmal zu besprechen, um dem Reichskanzler klar zu machen, daß von der Volksvertretung diese koalitionsfeindliche Haltung der Reichsbehörde nicht gebilligt werde. Es könnte sonst kommen, daß die Direktoren der großindustriellen Unternehmungen sich auf die Reichsbehörden berufen werden, falls es ihnen einfallen sollte, die organisierten Angestellten gewaltsam aus ihren Betrieben zu entfernen.

## Kommunales.

**Kommunalwahlfrage.** Bei der Gemeinderatswahl in Weimar wurde Genosse Baudert mit einem Zuwachs von nahezu 300 Stimmen gegenüber der Stimmenzahl vor zwei Jahren wiedergewählt, obwohl nach Reichsverbandsmethode von den rechtsstehenden Parteien gearbeitet wurde und Nationalliberale und Fortschrittler eine Stimmenzersplitterung bei den Arbeitern dadurch herbeizuführen versuchten, daß sie ein früheres Mitglied der sozialdemokratischen Partei, den Tischlermeister J. Hauser, der unter dem Sozialistengesetz in Leipzig ausgewiesen wurde, mit aufstellten. Das Mandat mißglückte insofern, als Baudert nicht hinzugewählt wurde, sondern Hauser ebenfalls in das Gemeinderatparlament kam. — In Oberweimar wurde Genosse Trautsch als erster Sozialdemokrat gewählt. — In Dargzgerode wurden drei Genossen als Stadtverordnete und ein Genosse als Weiskler gewählt. Die Sozialdemokratie hat jetzt 5 von 12 Stadtverordnetenämtern inne. — In Bernode wurde nach hartem Kampfe Genosse Trautwein mit 208 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Reichs-

treuen und des evangelischen Arbeitervereins, ein Betriebsdirektor Koch, brachte es nur auf 185 Stimmen. In Bernode sitzen jetzt zwei Genossen im Stadtparlament. — In Sömmerda, einem kleinen Ortstädtchen bei Bernode, wurden zwei sozialdemokratische Vertreter gewählt. In Nieder, einem Dorfe bei Bernode, wurde der erste sozialdemokratische Gemeindevorsteher gewählt. — Am 23. und 24. November fanden in Luckenwalde die Stadtverordnetenwahlen statt und zwar am ersten genannten Tage die für die dritte Abteilung. Unsere Genossen wurden mit 117 bis 120 Stimmen ohne Gegenkandidaten gewählt. — Auch in Bad Nauheim ist jetzt das Stadtparlament nicht mehr stubenrein. Auf Grund eines Kompromisses mit den Liberalen wurde ein Sozialdemokrat gewählt. — Die Gemeindevahl in Kaldenorth (Mittelhessen) brachte der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Die sozialdemokratische Liste, auf die auch einige Bürgerliche genommen wurden, ging vollständig durch. Als erster Bürgermeister wurde Oekonom Knapp mit 74 Stimmen gewählt, Genosse März bekam als Beigeordneter auch 74 Stimmen, er ist also ebenfalls gewählt. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Elsterberg wurde auch ein Sozialdemokrat gewählt.

## Soziales.

**Städtische Vorortsbahnpolitik.** Die Städte Mannheim und Tübingen in der Pfalz bauen eine elektrische Bahn, die Mannheim mit Tübingen verbindet. Die Strecke ist über 80 Km. lang. Mit dem Bau der Bahn wird noch in diesem Winter begonnen. Die Linie wird mehrere größere Orte streifen, die bisher noch keine Bahnverbindung haben. In Verbindung mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft und der Stadt Heidelberg wird von der Stadt Mannheim die Vorortsbahn Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheim elektrifiziert. Mit dem Bau dieser Bahn ist bereits begonnen worden.

**Eine städtische Milchzentrale.** Der Stadtrat der Stadt Mannheim hat beschlossen, auf der Grundlage einer genossenschaftlichen Organisation eine Milchzentrale zu errichten. Ursprünglich sollten die landwirtschaftlichen Vereine und einige Großproduzenten mit in die Genossenschaft aufgenommen werden. Die Verhandlungen hierüber zerklüften sich. Jetzt gehören neben der Stadt der Konsumverein und einige Beamten- und Arbeitervereinigungen der Genossenschaft als Mitglieder an. Am städtischen Schlachthof wird in einem Neubau die Milchsammlstelle errichtet. Sie wird mit allen nötigen maschinellen Einrichtungen versehen. Von hier aus verkehren die Milchwagen nach der Stadt, und zwar in erster Linie nach den mit Arbeiterfamilien stark durchsetzten Stadtteilen. Die Milch muß von den Konsumenten auf der Straße abgeholt werden. Die Produzenten und Milchhändler sind über das Vorgehen der Mannheimer Stadtverwaltung sehr aufgebracht; die sozialdemokratische Partei fördert das Unternehmen nach Kräften.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Gebofene Ordnungssäule.** Das Leipziger Schwurgericht verurteilte am 24. November den früheren Schulgeldnehmer und Ratsexpedienten Oskar Linus Rüperts Leipzig wegen Unterschlagungen von über 30000 Mk. amtlicher Gelder und wegen Urkundenfälschung zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

## Aus Nah und Fern.

**Wie die preussische Polizei Verbrecher züchtet.** Der „Frankf. Sta.“ wird geschrieben: Nach Gerichtsberichten hat das Limburger Schwurgericht einen Erdarbeiter Ruffert zu einem Jahr Gefängnis wegen Brandstiftung verurteilt, weil er einen Strohhaufen auf dem Felde angezündet hatte. Als Grund gab er an, er habe sich wärmen und wieder ins Gefängnis zurückkehren wollen. Er ist vielfach vorbestraft und vor kürzerer Zeit erst aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Polizei machte ihm nun an einigen Orten, wo er Arbeit gefunden hatte, diese unmöglich. In der Nacht vor der Tat hatte man ihn aus einem Dorf sogar hinausgewiesen und zum Strohhaufen verwiesen, wo er übernachtete konnte.

**Von der Fürsorgeziehung.** In die Fürsorgeziehung werden Kinder und junge Leute gebracht, um sie vor „sittlichem Verderb“ zu bewahren. Gar schnell sind oft die Behörden dabei, Eltern das Erziehungsrecht über ihre Kinder zu nehmen, diese der Fürsorge zu überweisen, besonders wenn Mädchen in Betracht kommen, damit sie nicht verderben werden sollen. Was aber alles unter den wachsenden Augen der Fürsorge geschehen kann, haben in letzter Zeit die Eltern zweier der Fürsorge überwiefer Mädchen in Luckenwalde und Treuenbriezen erleben müssen. Die Tochter eines Luckenwalder Arbeiters wurde durch Beschluß des Amtsgerichts der Fürsorgeziehung überwiesen. Nachdem das Mädchen einige Zeit in einer Anstalt untergebracht war, wurde es bei einem unverheirateten Schmiedemeister auf dem Lande in Dienst gegeben. Vor einigen Monaten ist dieses der Fürsorgeziehung überwiefene Mädchen Mutter geworden, Vater des Kindes ist der Dienstherr, bei dem das Mädchen von der Fürsorge in Dienst gegeben worden ist. Der Vater des Mädchens, dem man das Erziehungsrecht über seine Tochter genommen hat, ist nun zum Vormund seines Enkelkinds, das er der Fürsorgeziehung zu verdanken hat, ernannt worden und kann sehen, wie er die Unterhaltsgelder für sein Enkelkind bekommt. Ähnlich erging es einem Einwohner Treuenbriezens. Seine Tochter sollte ebenfalls durch Fürsorgeziehung gerettet werden. Auch dieses Mädchen wurde auf das Land in Dienst gegeben, weil nach Ansicht muckerischer Leute die Sittlichkeit auf dem Lande zu Hause sein soll. In der Mühle, auf welcher dieses Mädchen in Dienst ist, kam öfters ein Bäckergehilfe aus einem benachbarten Ort, kam, sah — und liegte. Die Folge dieser Fürsorgeziehung ist, daß das Mädchen demnächst Mutter werden wird. Der Vater des zu erwartenden Kindes will nun das Mädchen heiraten und zu diesem Zweck wurde der Antrag auf Entlassung aus der Fürsorgeziehung gestellt. Der Antrag ist vom Landesdirektor abgelehnt worden, weil der Schwängerer noch zu jung sei (er ist 24 Jahre alt und hat seiner Militärpflicht genügt), und weil seine Einkommensverhältnisse nicht so seien, daß er einen Hausstand gründen könne. Auch dieser Fürsorgezögling wird also ein uneheliches Kind zur Welt bringen. Es ist doch etwas Herrliches um die preussische Fürsorgeziehung. Ob die Mädchen, wenn sie in der Obhut ihrer Eltern geblieben wären, auch uneheliche Mütter geworden wären, wissen wir nicht, das aber müssen wir, daß eine Fürsorgeziehung, bei der so etwas vorkommen kann, keinen Pfefferling wert ist.

**Ein heiteres Stückchen bürokratischer Genossenschaftlichkeit** trug sich in Rieky (Niederösterreich) zu. An die dortige Gerichtskasse hatte ein Gölitzer Butterhändler einen Betrag von 80 Bfg. zu zahlen. Der Händler schickte aber 85 Bfg. mit dem Vermerk, daß die überschüssigen 5 Bfg. für Abtrag gerechnet seien. Die

Abstraktion war der Absender, als er einige Tage später sein Geld zurück erhielt mit folgendem Vermerk auf dem Postanweisungsschein: „Die Gerichtskasse Mesky hat nur 80 Pf. und nicht 85 Pf. zu fordern. Es sind daher nur 80 Pf. einzulösen. Die Kostenrechnung dürfte auch nur über 80 Pf. lauten und nicht über 85 Pf.“ Es blieb dem Buchhändler nichts übrig, als sich eine neue Postanweisung zu kaufen und nunmehr den richtigen Betrag von 80 Pf. an das Meskyer Gericht abzulösen.

**Gerüststurz in der Dresdener Gasanstalt.** In der städtischen Gasanstalt in Dresden ist gestern Abend ein von einer Berliner Firma zur Vornahme von Reparaturarbeiten errichtetes Innengerüst eingestürzt. Es wurden mehrere Arbeiter in die Tiefe gerissen. Der Arbeiter Billack aus Berlin ist tot, zwei wurden schwer, drei leichter verletzt.

**Verzweiflungstakt eines Vaters.** Der Arbeiter Müller aus Meissen lebte mit seiner Frau in Unfrieden und fürchtete, daß ihm bei der bevorstehenden Trennung sein dreijähriges Töchterchen genommen werden könnte. Um das zu verhindern, erdrosselte er das Kind und flüchtete. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er auch sich selbst das Leben nehmen will.

**Sanitätskolonne und Politik.** Wie reimt sich das zusammen? In Oshersleben (Regierungsbezirk Magdeburg) fanden dieser Tage Stadtverordnetenwahlen statt, bei denen die Sozialdemokraten zwei neue Mandate eroberten, trotzdem die Gegner mit Hochdruck gearbeitet hatten. Es wurde u. a. an die Mitglieder der Sanitätskolonne vom „Roten Kreuz“ eine Karte folgenden Inhalts verandt: „Verte Kameraden! Bei den letzten verflochtenen Stadtverordnetenwahlen ist es vorgekommen, daß ein Kamerad seine Stimme öffentlich für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben hat. Aus Anlaß der am Donnerstag dieser Woche stattfindenden Stadtverordnetenwahl möchte ich die Kameraden darauf aufmerksam machen, daß die Unterstützung oder Förderung sozialdemokratischer Tendenzen mit den Bestrebungen der Vereine vom „Roten Kreuz“ unvereinbar ist. Da die Wahl öffentlich ist, würde jede sozialdemokratische Abstimmung unsern Vorstände nicht unbekannt bleiben. Ich bitte Sie also, daraus Ihre Schlüsse zu ziehen und sich und dem Vorstände unangenehme Weiterungen zu ersparen. Mit kameradschaftlichem Gruße Hoepfner.“ — Wie nun, wenn die Sanitätskolonne in die Lage käme, einem lebensgefährlich verunglückten Sozialdemokraten die erste Hilfe angeheihen zu lassen? Wird sie das nicht ablehnen müssen? Sie würde doch damit zur Erhaltung des Lebens des Sozialdemokraten und gleichzeitig zur Unterstützung und Förderung sozialdemokratischer Tendenzen beitragen, weil der lebende Sozialdemokrat doch sicher für seine Partei mehr wirken kann als der tote! Man sieht, zu welchen Widersinnigkeiten der Haß gegen die Sozialdemokratie führt. Nicht einmal solche Organisationen halten sich davon frei, die ihren Zwecken und Aufgaben nach völlig neutral sein müßten.

**Die Lehrer und das „W. S.“** Die „Vehrezeitung“ schreibt: Johannisthal bei Berlin. Eine ganz eigenartige Verfügung wurde den Lehrern der Schule durch den Rektor übermittelte. Diejenigen Lehrer, die ein gewisses Stücken zu oft besuchen oder dort länger als notwendig verweilen, sollen dadurch bestraft werden, daß sie nachmittags unterrichten müssen. Wer mag diese Bestimmung erlassen haben, daß sie von der königlichen Regierung stammen sollte, ist nicht anzunehmen, dann wäre sie anderswo auch bekannt. Eigentlich müßte man darüber lächeln, da sie der Komik nicht entbehrt. andernteils zeigt sie uns auch wieder, welche Behandlung man Lehrern, Männern, die ein Volk erziehen, zu bieten mag. Meint man, die Bürgerschaft des Ortes erfahre nichts davon? Wie nun, wenn die großen Jungen und Mädchen sich auf der Straße zurufen: „Wir müssen nachmittags in die Schule, weil unser Lehrer um 1.“ Wir meinen, länger als notwendig hält sich in dem bemußten Raume niemand auf, schlechte Luft atmet man schon im Schulzimmer fünf Stunden hindurch genug. Genau so, wie man es ab und zu aus Fabrikbetrieben hört. Die kapitalistische Gesellschaft macht keinen Unterschied zwischen geistigen und körperlichen Arbeitern, und dem Johannisthaler Rektor gebührt nur das Verdienst, diese Tatsache drastisch erläutert zu haben. Hoffentlich sind die Lehrer verständlich genug, die richtige Nutzungwendung aus solchen Vorkommnissen zu ziehen.

**Reicheneinkommen.** Bürgerliche Blätter berichten: Kommerzienrat Friedrich Bayer und sein Schwager Geh. Regierungsrat Dr. Senz von Böttinger sind die beiden reichsten Personen in der Stadt Elberfeld. In dem Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen, Verlag W. Herler, Berlin W. 35, Potsdamerstraße 113, das der frühere Regierungsrat im Reichsamt des Innern, Rudolf Martin, loben veröffentlicht hat, ist das Einkommen und Vermögen dieser beiden größten Steuerzahler der Stadt Elberfeld von 1903 bis 1910 Jahr für Jahr angegeben. Kommerzienrat Friedrich Bayer, Direktor der Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer u. Co., hatte im Jahre 1903 ein Einkommen von 400 000 bis 500 000 Mk., welches im Jahre 1906 auf 605 000 Mk., im Jahre 1908 auf 880 000 Mk. und im Jahre 1909 auf 1 400 000 Mk. gestiegen war, im Jahre 1910 aber auf 900 000 Mk. herabging. Das hohe Einkommen in dem Steuerjahr 1909, dessen Deklaration im Januar 1909 spätestens erfolgt war, ist nach Martins Darstellung eine Folge der ungewöhnlich hohen Dividenden der Farbenfabriken von 56 Proz. für das Geschäftsjahr 1907, deren Ausschüttung und Feststellung erst in der Mitte des Jahres 1908 erfolgte. Es ist nur natürlich, daß die nächste Steuerdeklaration, die wahrscheinlich im Dezember 1908 angefertigt wurde, ein Spiegelbild der Dividendenausschüttung in der Mitte des Jahres 1908 gewährte. Die Dividende für das Jahr 1906 betrug 36 und für das Jahr 1908 25 Proz. Das Vermögen des Kommerzienrats Friedrich Bayer im Jahre 1905 wird von Martin auf 13 bis 14 Millionen Mark beziffert und dürfte bei der Veranlagung des Jahres 1911 noch wesentlich höher gewesen sein. Das Einkommen des Geheimen Regierungsrates von Böttinger betrug im Jahre 1903 300 000 Mk. bis 400 000 Mk., 1906 500 000 Mk. bis 600 000 Mk., 1908 710 000 Mk., 1909 nicht weniger als 1 200 000 Mk. und 1910 745 000 Mk. — Man ersieht hieraus, welche gewaltigen Einkommen die Farbengewaltigen haben, während die Arbeiter ihrer Fabriken mit färglichen Löhnen fürlieb neben müssen. Dabei werden die Herren wegen einiger „Wohlfahrts-Einrichtungen“ noch als große Wohltäter gepriesen!

**Aus dem russischen Kampf.** Ein neuer Zollbeitrag ist nach dem „B. Z.“ an der kaukasischen Zollgrenze entbeht worden. In dem kleinen Zollamt Agros liegen die Umfänge in den letzten Jahren ganz ungewöhnlich. Eine vorgenommene Revision ergab anfangs kein greifbares Resultat, bis sich jetzt herausstellte, daß russische Zollbeamte im Verein mit einigen vertriebenen Kaufleuten den russischen Fiskus um die Ausfuhrzölle auf Zucker pressen, ganze Karawanen, deren Lasten mit Sandbäcken beladen waren, als Zuckertransporte deklarieren, und auf Grund der Auslagen des Zollamtes die Exportzölle erhöhen. Die Krone wurde im Laufe dieses Jahres allein auf diese Weise um eine Million Mark geschädigt.

**Vergiftete Speisen.** 800 Personen, meist Kinder, erkrankten in Melbourne unter Vergiftungserscheinungen nach einem Biß in 20 von diesen Kindern schweben in Lebensgefahr, 6 sind bereits gestorben.

**Hungernot in Rußland.** Im östlichen Teil des europäischen Rußlands im Gouvernement Orenburg ist eine furchtbare Hungernot infolge völliger Missernte ausgebrochen. Besonders schwer sind davon zahlreiche deutsche Kolonisten betroffen worden, da die russische Regierung ihnen keinerlei Hilfe bewilligt. Aus diesem Grunde hat der Pastor Orschelmann in Orenburg ein deutsches Hilfs-Komitee gegründet. Die russischen Bauern verkaufen ihr Vieh zu Schleuderpreisen, da sie es nicht ernähren können.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Aus Catania wird gemeldet: In einem Steinbruch bei Acireale wurden durch herabstürzendes Gestein fünf Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt. — Wie aus Paris berichtet wird, wurden bei Perpignan durch eine Kohlengrubenexplosion zwei Bergleute getötet und drei verletzt.

**Todessturz.** Der 27jährige Flieger de Croce ist in Turin bei einem Flugversuch abgestürzt. Er war sofort tot.

## Der Oldenburger Landtag.

h. Eine Frage von sozialer Bedeutung wird diesmal den Landtag beschäftigen. Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der für das Fürstentum Birkenfeld die obligatorische ärztliche Untersuchung der Schulkinder mindestens jährlich einmal anordnet, mit der Maßgabe, daß der Schularzt von der Regierung bestellt wird und die Kosten die Gemeinde zu tragen hat. Die Regierung wurde zur Vorlegung des Gesetzes veranlaßt vorwiegend durch die im Fürstentum Birkenfeld sich in großem Umfange geltend machende Lungen-tuberkulose, eine Begleiterscheinung der industriellen Verhältnisse des Fürstentums mit seinen Achatzschleifereien und mit seiner Heimindustrie. Der Gesetzentwurf wird Gelegenheit geben zu weitergehenden Anträgen, die sich namentlich in der Richtung bewegen werden, das Gesetz auf das gesamte Großherzogtum auszuweiten und dann, daß das Gesetz sich nicht allein auf die jährlich einmalige ärztliche Untersuchung beschränkt, sondern eine mehrmalige ärztliche und zahnärztliche Untersuchung mit dauernder Kontrolle der krankheitsverdächtigen Kinder und der zahnärztlichen Behandlung zahnkranker Schulkinder zur obligatorischen Einführung kommt. — Die Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck ist im Ausschuss zur Beratung gekommen und hat zu eingehenden Erörterungen der Belohnungsfrage für die Kosten der Herstellung von Chausseen und der Unterhaltung derselben geführt. Dabei machte sich das Bestreben bemerkbar, nicht allein die Unterhaltungskosten, sondern auch die Herstellungskosten statt nach der Grund- und Gebäudesteuer nach der Gesamtsteuer zu verteilen, d. h. also eine Entlastung des Grundbesitzes und eine Belastung der Einkommensteuerpflichtigen herbeizuführen. Diese Bestrebungen zielen besonders darauf ab, für das Herzogtum Oldenburg die Herstellungskosten der Chausseen auf die Gesamtsteuer bei einer Revision der Oldenburger Wegeordnung abzumwälzen, der sich die Sozialdemokratie energisch widersetzt. Nach dem bisherigen Gesetz für das Fürstentum Lübeck wurden die Unterhaltungskosten nach der Grundsteuer aufgebracht, sie sollen jetzt nach der Gesamtsteuer umgelegt werden. Dazu hat die Sozialdemokratie den Antrag gestellt, um die weniger Bemittelten zu entlasten, die Steuerstufen bis zu 900 Mk. freizulassen, von 900 bis 1200 Mk. mit 1/4, von 1200 bis 1500 Mk. mit 1/2, von 1500 bis 1950 Mark mit 3/4, des auf die Stufen entfallenden Betrages heranzuziehen. Weiter ist der Fortfall der Pfandverteilung bei der Wegeunterhaltung von der Sozialdemokratie beantragt. Angestrebt ist ferner die Erweiterung des Verwaltungsstreitverfahrens.

## Genossenschaftsbewegung.

Die Ausichten der Konsumgenossenschaftsbewegung. Im dritten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ wird die Organisation der Konsumenten ausführlich geschildert. Einige Schlussfolgerungen des Verfassers dürften allgemeiner interessieren. Am Schlusse seiner Darlegungen unterläßt er die Frage, welche Tendenzen den Konsumentenorganisationen innewohnen, und welche Einwirkungen sie auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben können. Die Organisation der Konsumenten ist zunächst auf Schwierigkeiten gestoßen, weil der Mensch als Konsument ein Abstraktum ist und weil die Gesellschaft zwar die Stellung der Individuen in der Produktion differenziert, unterschiedliche Gruppen von Konsumenten aber nicht ausscheidet. Nur als Produzent hat der Mensch im Wirtschaftsleben Freunde und Gegner; hat er lebendige Interessen, welche er vertreten muß, welche er fördern kann. Er kämpft eher für eine Besserung seiner Lage als Produzent als für eine Besserung der Situation als Konsument. Als Produzent steht er schon rein technisch und sozial in einer Gemeinschaft, als Konsument ist er isoliert, ein Atom auf dem Markt, ohne Verbindung mit den übrigen Mitbewerbern. Die Position im Konsum erscheint als direkt abhängige und eindeutig bestimmte Funktion der Position in der Produktion.

Der Verfasser der Abhandlung im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ ist nun aber der Meinung, daß die eben geschilderte Auffassung in der neuesten Zeit eine Änderung erfahren habe. Die Zahl abhängiger Personen mit engbegrenzten Erwerbsmöglichkeiten habe sich vermehrt. Die Unternehmerorganisationen beschränkten sich nicht mehr auf Wahrnehmung gemeinschaftlicher Arbeitgeberinteressen, sondern auch auf Wahrnehmung gemeinschaftlicher Verkäuferinteressen. Die Kartelle schalten die Konkurrenz aus, wirken preiserhöhend und bewirken, daß die Unselbständigen einer doppelten Organisation der Unternehmer: als Arbeitgeber und Verkäufer von Produkten, gegenübertreten. Die Organisation der Konsumenten erfährt dadurch eine Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Sie wird zum unentbehrlichen Korrektiv eines notwendigen systematischen Kampfes der Selbstbedingten um Aufrechterhaltung des einmal erreichten Standes ihrer Lebenshaltung. Der Konsument als Abstraktum beginnt zu verschwinden, die Akte der Konsumentation werden dem Konsumenten in ihrer Bedeutung bewußt. Er bleibt zwar noch Produzent, fühlt sich auch als Konsument eingegliedert in die Gesellschaft der Produzenten, aber es bildet sich doch ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Konsumenten aus, das zu einer klaffenmäßigen Orientierung führt, die Konsumenteninteressen wahrzunehmen haben.

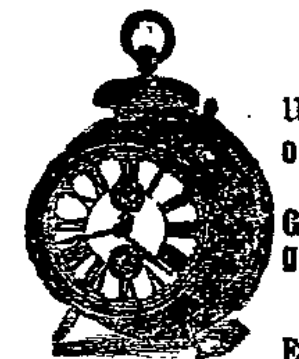
Der Verfasser schließt mit folgenden Ausführungen: Diese Bedenken, welche gegen eine Überschätzung der genossenschaftlichen Entwicklung noch vor einigen Jahren hätten geltend gemacht werden können, schwächen sich allerdings immer mehr ab, und zwar durch die immer prominentere Position der Angestellten und Beamten aller Art als Konsumenten. Auf die Details dieser Frage hier einzugehen, fällt

außerhalb des Rahmens der sozialpolitischen Chronik. Den noch nirgends zeigt sich eine nennenswerte Kooperation von Angestellten, Beamten und Arbeitern als Konsumenten. Und doch ist sicher, daß die Konsumentenorganisationen eine neutrale Boden abgeben können, um die großen Gruppen, welche in der Produktion getrennt und organisatorisch heute weiter denn je von einander geschieden sind, als Konsumenten zusammenzuführen. Und die Beamten sind das läßt sich ganz im allgemeinen sagen, in viel höherer Maß als die Arbeiter absolut und relativ Konsumenten von Industrieprodukten. Durch sie kann die genossenschaftliche Bewegung einen Einfluß erhalten, welcher an die Wurzel der industriellen, der privatkapitalistischen Entwicklung greift. Das sind heute nicht mehr als Möglichkeiten, die hier nicht einmal eine ziffernmäßige Darstellung erfahren können. Aber so viel kann schon heute gesagt werden: daß eine einheitliche Konsumgenossenschaftliche Bewegung im Deutschen Reich, eine Vereintigung aller Konsumenteninteressen der unselbständigen Berufstätigen in eine einheitliches Klassengefühl ein Gemeinheitsbewußtsein zu schaffen, das eine ähnliche Wirkung haben könnte wie das von der sozialistischen Theorie behauptete, aber tatsächlich nicht bestehende einheitliche Klassengefühl aller unselbständigen Berufstätigen. In die letzteren Konsequenzen verfolgt, würde eine solche Realisierung der unselbständigen Berufstätigen als Konsumenten eine weitgehende Demokratisierung des Wirtschaftslebens mit sich bringen, würde einen erheblichen Teil der Industrie zum Eigentum der Konsumenten machen, würde eine Stabilisierung der Preise, eine Festigung des schwanken Bodens, auf welchem jetzt die Konsumenten stehen, bedeuten, würde allen Fortschritten in der Gestaltung der Löhne, des Arbeitsvertrages usw. erst eine reale Bedeutung geben. Allerdings würde sich auch dann wieder die Frage ergeben: und die schweren Industrien? Ist deren Position auch nur im geringsten verschoben? Beherrschen sie nicht nach wie vor den Markt? Werden sie nicht, inwischen vollkommen vertrußt, letzten Endes von der Vereintigung der Konsumenten, von der immer weitergehenden Regulierung der Wirtschaft Vorteile ziehen? Wird nicht die ganze Konsumvereinsbewegung endigen in der Ausschaltung des Zwischenhandels und seiner Gewinne, in der Ausschaltung oder Reduzierung der Gewinne der Fertigfabrikindustrie zugunsten der schweren Industrie, die ihre Profite nur noch weiter erhöhen kann. Von diesen entscheidenden Stadien der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung sind wir noch weit entfernt. Nur so viel läßt sich sagen, daß bei einer solchen Zuspitzung der Gegenläge doch wiederum ein prinzipieller Unterschied gegenüber dem gegenwärtigen Zustande bestände: daß nämlich die Gegner technisch und ökonomisch gleichwertig werden. So ist die Konsumvereinsbewegung jedenfalls ein Träger realer wirtschaftlicher Macht, und je beengter der Spielraum wirtschaftlicher Betätigung wird, desto mehr werden auch dieser Form organisierter wirtschaftlicher Betätigung immer neue Kräfte zufließen. Und damit wächst auch der Einfluß auf denjenigen Teil des Wirtschaftslebens, der von den Konsumentenorganisationen noch keinerlei direkte Einwirkung erfährt: Sind doch diese Organisationen im Verein mit den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden in der Lage, in ihren eigenen und von ihnen abhängigen Betrieben soziale Politik autonom zu betreiben. So werden erst durch die Konsumentenbewegung die Arbeitnehmer als Ganzes, durch Kooperation mit den Gewerkschaften potentiell wenigstens gleichwertig den Unternehmern — und die Einwirkungen dieser Entwicklung werden sich wohl schon früher zeigen, noch bevor die allgemeinste Tendenz und die Endziele, welche in der Konsumentenorganisation liegen, ins allgemeine Bewußtsein übergehen werden.

**Die preussischen Sparkassen im Jahre 1910.** Nach der „Sparkasse“ haben im Jahre 1910 sich bei den preussischen Sparkassen die Einlagen um 770 Millionen Mk. vermehrt. Von diesen 770 Millionen Mk. entfallen 323 Millionen Mk. auf gutgeschriebene Zinsen, während der Rest den überschüss der Einzahlungen über die Rückzahlungen darstellt. Der Gesamtbetrag der Spareinlagen in Preußen hat damit die Summe von 11,1 Milliarden Mk. erreicht. Von den nahezu 13 Millionen Sparkassenbüchern, die Ende 1910 in Preußen ausgefüllt wurden, lauteten 3,7 Millionen über Beträge bis 60 Mk. und 1,7 Million über Beträge von 60 bis 150 Mk. Es sind also, wie man sieht, zum sehr erheblichen Teil die Gelder von kleinen Leuten, Arbeitern, in den Sparkassen eingelegt. Der Durchschnittszinssfuß der Spareinlagen betrug wieder 3 1/2 Proz. Das Vermögen war folgendermaßen angelegt: Hypotheken 6,8 Milliarden Mark, Wertpapiere 2,7 Milliarden Mk., bei öffentlichen Korporation 1,4 Milliarden Mark, gegen Wechsel und gegen Faustpfand waren je etwas über 100 Millionen Mk. ausgeliehen, als Bürgschaftsdarlehen 187 Millionen Mk. Die Gelder der kleinen Sparer werden also durch die Sparkassen dem allgemeinen Geldmarkt und vor allem dem Hypothekenmarkt zugeführt. Die Arbeiter liefern hier also indirekt das Kapital für die kapitalistische Produktion, statt diese Gelder auf genossenschaftlichem Wege zu verwerten und Zwecken nutzbar zu machen, die gerade im Interesse der sparenden Schichten liegen. Deshalb verdienen die Spareinrichtungen der Konsumvereine besondere Beachtung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: T. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co  
Sämtlich in Lübeck.

## Zahn-Praxis Emil Sietz Hüterdamm 4, II.



**Heinr. Schultz**  
Uhrm. u. Goldarb.  
ob. Johannisstr. 20.  
Uhren, Ketten,  
Gold- u. Silberwar.  
goldene Trauringe  
Rathenower  
Brillen.  
Eigene Werkstatt.

## Kunst-Honig

Heidekönig,  
hergestellt aus feinsten Zuckerarten  
und Naturhonig  
Pfund 45 Pfennig.  
**H. Bülck,**  
Lübeck, Breite Straße 54.  
Fernsprecher 149.